Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis: S 8,–
P.b.b.

Erscheint jeden zweiten Montag. **Redaktion:** Kleine Neugasse 11/18, 1050 Wien.
Abonnement: Jahresabonnement S 180. Halbjahresabonnement S 100.- **Zu beziehen über:** KB Österreichs — Vertrieb

Nr. 16/80
30.6.1980

1981 SOLL UNS 15 MILLIARDEN EXTRA KOSTEN !

Kreisky und Androsch haben wiedereinmal "Differenzen".

"Quellensteuer!" heißt der Schlachtruf des einen "Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Gas und Strom" der des anderen. Zweck der Übung: Über der Diskussion, welche der beiden Besteuerungsarten "sozialer" sei, soll die Bevölkerung vergessen darüber nachzudenken, ob eine solche Steuererhöhung überhaupt in ihrem Interesse liegen kann.

Die Steuererhöhung ist Teil des Programms zur Budgetsanierung. Konkret: 15 Milliarden sollen im Jahr 1981 "eingespart" werden. "Eingespart" heißt hier natürlich: vom Volk aufgebracht.



Das so sanierte Budget soll wieder als Mittel der "Krisenbekämpfung" verfügbar sein. Im Konjunkturjahr 1979 sind die Reallöhne weiter gesunken: Die Arbeiterklasse, die praktisch alle Werte der Gesellschaft produziert, hat ihre Produktion weiter gesteigert. Doch der Teil, den sie von den von ihr produzierten Werten erhält, ist weiter gesunken. Nun soll sie auch noch das Budget sanieren, damit der Staat in der Krise den Kapitalisten ihre überproduzierten Waren abkaufen kann. Seite 6

Spendet für das Rote Kreuz Kampucheas

Das Volk von Kampuchea, das vor fünf Jahren die amerikanischen Imperialisten aus dem Land gejagt hat, um die sozialistische Revolution einzuleiten, kämpft nun seit dem Einfall sowjetisch-vietnamesischer Truppen im Dezember 1978 gegen einen noch stärkeren und brutaleren Aggressor. In dieser ersten Phase des Partisanenkrieges gilt es heute, die gegnerischen Kräfte zu dezimieren, die eigenen Kräfte zu erhalten und zu stärken und das Überleben des kampucheanischen Volkes zu sichern. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea hat zur internationalen Solidarität aufgerufen. Jeder Schilling für das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea ist eine echte Hilfe für den Kampf um die Befreiung, ein Schlag gegen die vietnamesischen Aggressoren und zugleich ein Schlag gegen die kriegstreiberische Sowjetunion, die hinter Vietnam steht und Kampuchea nur als eine Station in ihrem Weltherrschaftsstreben betrachtet. So ist jeder Schilling für das Demokratische Kampuchea zugleich auch ein Beitrag für den Weltfrieden.

Das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs hat zu einer öffentlichen Sammlung aufgerufen, durch die bis Juli dieses Jahres 200.000,- Schilling aufgebracht werden sollen. Je mehr Menschen sich an dieser Sammlung beteiligen, desto besser werden auch die Möglichkeiten sein, die Bundesregierung zu zwingen, diese Spenden zu verdoppeln und endlich die legitime Regierung des Demokratischen Kampuchea praktisch anzuerkennen und zu unterstützen.

SPENDE AUF DAS KONTO:
P.S.K. 1.319.824

70% DER ARBEITER BLEIBEN IM URLAUB ZUHAUSE

Vier oder fünf Wochen Urlaubsanspruch garantieren noch lange nicht, daß die Arbeiterklasse in den Urlaubswochen auch tatsächlich ihre Arbeitskraft wiederherstellen kann. Zur Erholung gehören außer arbeitsfreier Zeit nicht zuletzt auch die finanziellen Möglichkeiten. Nur dreißig Prozent aller österreichischen Arbeiter können im Urlaub wegfahren. Und von diesen 30 Prozent kann wiederum nur ein Bruchteil drei Wochen oder länger Urlaub machen, und drei Wochen werden von den Ärzten als Mindesterfordernis angesehen, damit ein merkbarer Erholungseffekt eintritt. Nur ein verschwindend geringer Teil der Arbeiterklasse kann also seine Arbeitskraft im Urlaub tatsächlich in einem halbwegs ausreichendem Ausmaß wiederherstellen.

Seite 9

AFGHANISTAN:

Truppenabzug reiner Betrug !

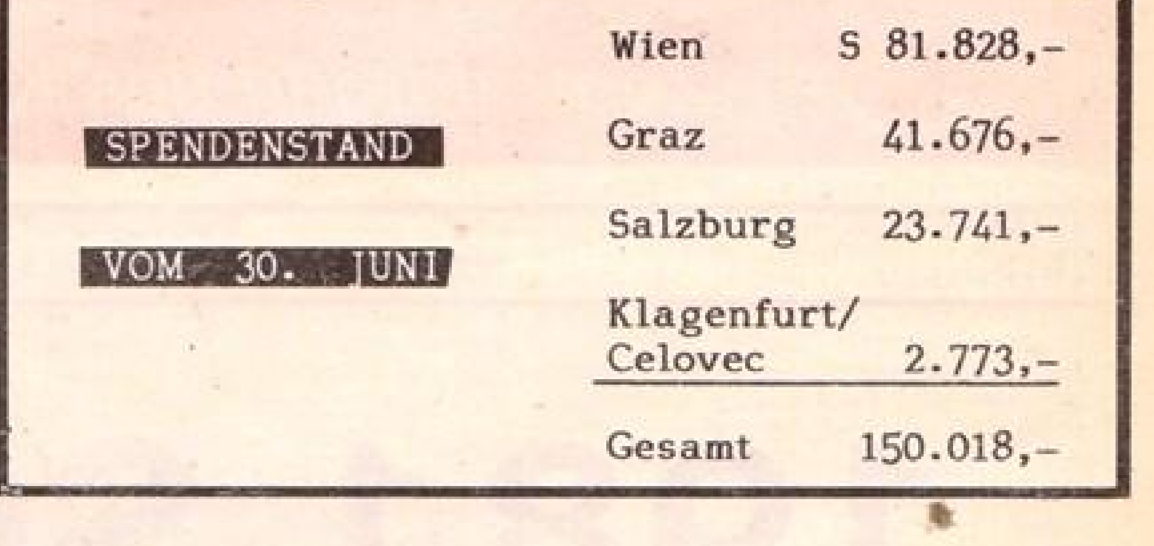
Während die Afghanistan-Kommission der islamischen Staaten entschieden den vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan forderte und Maßnahmen zur Unterstützung der Freiheitskämpfer beriet, geisterten großaufgemachte Meldungen von einem teilweisen sowjetischen Truppenabzug durch die Presse. Angeblich soll eine von acht oder neun in Afghanistan stationierten Divisionen auf dem 500 km langen Rückweg zur sowjetischen Grenze sein.

Die Wahrheit ist: Die Sozialimperialisten sind mit ihrer Blitzkriegstrategie gescheitert und gruppieren ihre Kräfte um, weil ihre Verluste hoch sind und sie den Befreiungskampf nicht eindämmen können. Zugleich brauchen sie Ablenkungsmanöver. Die Hintergründe des sowjetischen Truppenabzugstricks analysiert der Artikel auf Seite 10.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Barbara Waldschütz. Alle: 1052 Wien, Kl.Neug.11/18. Eigendruck

DAS SPENDENZIEL ÜBERTREFFEN!





SPENDENSTAND VOM 30. JUNI

Wien	S 81.828,-
Graz	41.676,-
Salzburg	23.741,-
Klagenfurt/ Celovec	2.773,-
Gesamt	150.018,-

WIEN

Mit der Veranstaltung am 27.6. erreichte die Kampagne zur Sammlung von S 200.000,— einen zweiten Höhepunkt. Die Ortsgruppe Wien führte im Zeitraum dieser letzten Woche drei Agitationsstände in der Stadt und Sammlungen vor zwei Betrieben durch. Besonders erfolgreich war dabei der Agitationsstand in Meidling, wo S 571,— gesammelt wurden. Ebenfalls recht erfolgreich verlief die erste Sammlung bei Philips. Das Gesamtergebnis, zu dem 30 Arbeiter beigetragen haben, beträgt S 312,—. Ein Teil der Spenden wurde von den Kolleginnen vorher im Betrieb gesammelt und dann unseren Genossen vor dem Betrieb übergeben. Das Ergebnis wird und kann sicher durch eine zweite Sammlung noch wesentlich verbessert werden, die von der Zelle Mitte Juli durchgeführt werden wird. Eine Sammlung am 26.6. früh im Liesinger Werk versuchte die Polizei, die von der Firmenleitung gerufen wurde, zu unterbinden. Die Sammlung wurde aber trotzdem wie geplant zu Ende geführt, der Polizei gelang außer dem Festhalten der Personalien nichts.
In den drei Betrieben, in denen die Ortsgruppe Betriebszellen hat, wurden somit bislang S 1.800.— gesammelt. Das sind drei Prozent unseres bisherigen Gesamtergebnisses. Gleichzeitig muß aber beachtet werden, daß es gelungen ist, nicht nur Kenntnisse über die Lage in Kampuchea zu verbreiten, sondern daß von den Zellen in ihren Betriebszeitungen der Kurs des Demokratischen Kampuchea während des sozialistischen Aufbaues propagiert und erklärt wurde und daß der Geist des proletarischen Internationalismus in die Arbeiterklasse getragen wurde. Jeder gespendete Schilling ist ein Produkt einer gewissen Überwindung des von der Bourgeoisie in die Arbeiterbewegung hineingetragenen chauvinistischen Giftes. In diesem Punkt gab es sowohl Fortschritte als auch Fehler. Ein Fortschritt war das offensive Auftreten bei allen Betrieben, die Zurückdrängung der Auffassung, daß sich die Arbeiter dafür kaum interessieren. Mängel hat die Arbeit der Ortsgruppe gehabt, was die Ausnutzung der Kampagne zur Verbreitung von Kenntnissen und proletarischen Auffassungen betrifft. Mit den nächsten Betriebszeitungen wird die Korrektur dieser Fehler begonnen. Es geht um die Überwindung einer gewissen "Schmalspurigkeit" in der Politik der Ortsgruppe.
Bis zum Vorabend der Veranstaltung mit Ive Hout vom Komitee der Patrioten des Demokratischen Kampuchea aus Paris betrug der Spendenstand in Wien S 50.700,- Nach der Versammlung waren es S 78.904,—.
Auf der Veranstaltung wurden also S 28.204,— gesammelt. 60 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil. Das Programm umfaßte ein ausführliches Referat von Ive Hout über die Hintergründe und Perspektiven des Kampfes in Kampuchea. Ive Hout betonte unter anderem, daß gerade zu dieser Zeit sich eine strategische Wende im Krieg vollzieht. Eine Wende, die den Weg zur vollständigen Niederlage Vietnams bereitet, wie er sagte. Danach wurden zwei sehr schöne und interessante Farbfilme gezeigt: der erste über die Hintergründe der vietnamesischen Aggression, der die Grenzverletzungen und Provokationen der vietnamesischen Machthaber seit 1977 dokumentierte. Der zweite Film berichtete vom Aufbau des Demokratischen Kampuchea zur Zeit der Befreiung 1975. Der Film schilderte die großen Anstrengungen und großartigen Erfolge des Volkes auf den Gebieten der Landwirtschaft und der kleinen Industrie.
Die Veranstaltung verabschiedete eine Resolution an die Regierung Kampucheas und Österreichs, in der die Unterstützung für den Kampf betont wird und die Bundesregierung aufgefordert wird zur:
- Vollständigen Anerkennung der Regierung des Demokratischen Kampuchea.
- Einstellung aller Wirtschaftshilfe für Vietnam.
- Verdoppelung aller für das Demokratische Kampuchea gesammelten Spenden.

Das Saalspendenergebnis von S 28.204,— ist ermutigend. Die Ortsgruppe hält jetzt bei einem Stand von S 78.904,—, verglichen mit einem Ziel von S 100.000,—. Ziel war, bis zur Veranstaltung drei Viertel zu erreichen, was auch gelang. Die Frage, die für unsere Ortsgruppe jetzt steht, ist: um wieviel kann das Ziel übertroffen werden? Was unbedingt vermieden werden muß, ist ein Nachlassen in der Kampagne nach der Rundreise. Flaut die Kampagne nicht ab, können wir in Wien das Ziel von S 100.000,— übertreffen. Noch sind vier Wochen Zeit.
(OL Wien)

Sondernummer Preis S 2,-



SOLIDARITÄTS-VERANSTALTUNG IN KLAGENFURT/CELOVEC

Freitag, 4.Juli, 20 Uhr
Volkskeller-Stüberl

Filme über den sozialistischen Aufbau in Kampuchea und über die vietnamesische Aggression, sowie ein Video-Film der Rede von Ive Huot in Wien.

VERANSTALTUNGEN IN GRAZ UND SALZBURG

In Salzburg nahmen an der Solidaritätsveranstaltung der Ortsgruppe 45 Personen teil, die 54.440,- Schilling spendeten. In Graz waren es 35 Teilnehmer.

Am Samstag Vormittag wurden am Rathausplatz von der Zelle Kodak über 1.400,- öS gesammelt, revolutionäre Literatur im Wert von über 500,- öS verkauft, davon allein 75 Exemplare der neuen Kampuchea-Broschüre.
Im Rahmen der Sympathisantenschulung der Ortsgruppe wurden an den bisher vier Abenden schon über 400,- öS gespendet.
Die Zelle Kodak sammelte im Rahmen eines Treffens von Kollegen von Kodak 380,- öS.

Seltsame Kampucheafreunde II

In unserer vorletzten Ausgabe haben wir über einen Teil ehemaliger KB-Mitglieder berichtet, die nun unter dem Namen "Kampuchea-Komitee" in der Öffentlichkeit einige Anstrengungen unternehmen, um im Rahmen einer Spendensammlung für thailändische Flüchtlingslager die Regierung des Demokratischen Kampuchea und den Kampf, den sie leitet zu verleumden. Inzwischen sind weitere ehemalige KB-Mitglieder in der Kampuchea-Solidarität "aktiv" geworden.

Es handelt sich um die kleine Minderheitsgruppe, die unter dem Namen "KB" unter anderem eine Zeitung mit dem Namen "Klassenkampf" (mit schwarzem Kopf) herausgibt. Diese kleine Gruppe, die sich in den letzten dreieinhalb Monaten vor allem damit beschäftigt hat, den Eindruck zu erwecken, sie sei der Kommunistische Bund Österreichs und sich ansonsten in die Cafes und Gasthäuser zurückgezogen hat, wurde durch unsere Solidaritätskampagne für das Demokratische Kampuchea, in deren Rahmen wir bekanntlich 200.000,- Schilling für das kampucheanische Rote Kreuz sammeln wollen, aufgescheucht.
Was tat sie also? Sie verfaßte einen Brief an unser Zentralkomitee, in dem dieses aufgefordert wird, die Solidaritätskampagne nicht allein zu machen, sondern doch auch an andere Kräfte, vor allem natürlich an sie heranzutreten. Begründung: Weil es "zweifellos mehr Kräfte, als Eure Organisation gibt", die das kampucheanische Volk unterstützen wollen. Dieser Brief wurde auch im inzwischen erstmals seit 3 Monaten erschienen "Zentralorgan" der Gruppe veröffentlicht. Nun, wir hätten uns sehr darüber gefreut, wenn sich außer unserer Organisation auch andere politische Kräfte in Österreich zu einer Unterstützungsarbeit für das Demokratische Kampuchea entschlossen hätten. Das haben wir in einem Antwortbrief an die Gruppe auch deutlich gesagt und sie dazu aufgefordert, uns mitzuteilen, welche Aktivitäten sie zur Unterstützung des kampucheanischen Befreiungskampfes setzen wollen. Wir haben sie auch gebeten, eine entsprechende Stellungnahme gleich neben der (angekündigten) Veröffentlichung ihres Briefes in ihrer Zeitung abzudrucken.
Aber siehe da, nichts dergleichen ist geschehen. Aus der Zeitung der Minderheitsgruppe erfährt unser Leser überhaupt nur dann etwas darüber, daß in Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression gekämpft wird, wenn er den Brief der Gruppe an uns durchliest. Sonst kein Wort zu Kampuchea und natürlich erst recht nichts darüber, wie die Gruppe den Kampf des Demokratischen Kampuchea unterstützen will.

Offensichtlich hat sie es auch gar nicht vor. Ein Mitglied der Gruppe erklärte, auf diesen sonderbaren Sachverhalt angesprochen, daß man jetzt keine Kraft für eine solche Politik habe, daß eine Kampagne die Mitglieder der Minderheitsgruppe nur noch mehr "demoralisieren" würde. Wie gleichgültig die Mitglieder der Gruppe dem Befreiungskampf des Demokratischen Kampuchea gegenüberstehen, zeigte sich auch auf der Veranstaltung, die wir in der Vorwoche in Wien durchführten. Dem Vertreter der kampucheanischen Patrioten aus Paris wurden dort S 3.000,— übergeben. Diese Summe zeigt, daß die Mitglieder der Gruppe offenbar nicht nur keinen einzigen Groschen unter den Massen zu sammeln versucht haben, sie zeigt auch, daß, legt man die übergebene Summe auf die Mitgliederzahl um, die Bereitschaft zur Unterstützung Kampucheas bei den Mitgliedern der Minderheitsgruppe die Marke von S 150,- nicht übersteigt.
Auf einen Nenner gebracht kann man also die bisherige Solidaritätsarbeit der Gruppe so zusammenfassen: Lärm machen, aber in Wahrheit keinen Finger rühren. Ein Musterbeispiel für den Liquidationskurs, der letztlich dazu führte, daß sich der KB spalten mußte; für den Liquidationskurs, der gerade von jenen Kräften betrieben wird, die im Zuge der Spaltung am lautstärksten für die Einheit mit Revisionismus und Liquidatorentum eintraten und die nun wenigstens diese Erklärung für dieses Verhalten selbst liefern.

Adresse der Redaktion:

1052 Wien - Postfach101

KAMPUCHEA KÄMPFT

MINISTERTAGUNG DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA

So wie 1979 zu Beginn der Regenzeit hielt auch heuer die Regierung des Demokratischen Kampuchea eine Ministertagung ab, um genaue politische Festlegungen zu treffen. Über den am Ende der Trockenzeit eingetretenen strategischen Wendepunkt im Befreiungskampf haben wir schon in der letzten Ausgabe des KLASSENKAMPF berichtet. Er bedeutet den Übergang von der Phase der strategischen Defensive zur Phase der Balance der Kräfte vor der Phase der strategischen Offensive.

Die gegenwärtige Taktik, also die Schritte, um die strategischen Ziele zu erreichen, sind:

1. Die Kommunikationslinien des Feindes abschneiden.
2. Traditionelle Waffen einsetzen (vor allem Fallgruben mit spitzen Bambuspfeilen).
3. Mit modernen Waffen, auch Artillerie, seine Stützpunkte angreifen.

Die Erklärung der Ministerratstagung weist darauf hin, daß diese Kampfweise nur durchgeführt werden kann, weil sich die Guerillaeinheiten auf die Volksmassen verlassen können, während sich die Vietnamesen überall im feindlichen Gebiet befinden. Ziel ist, während der Regenzeit 50000 feindliche Soldaten auszuschalten. Die regulären Einheiten der kampucheanischen Armee sind von 50000 auf 60000 gewachsen, und die Zahl der dörflichen Guerillaeinheiten in den umkämpften Gebieten beträgt noch einmal 50000. "Nur die Regierung des Demokratischen Kampuchea hält das Banner für den Sieg der nationalen Sache hoch, lebt zusammen mit dem Volk, teilt sein Unglück wie seine Hoffnungen und leitet direkt den Kampf auf dem gesamten kampucheanischen Territorium."

Unter den vietnamesischen Besatzungstruppen wüten Seuchen, vor allem Malaria. Die dem kampucheanischen Volk vorenthaltenen internationalen Hilfsgüter reichen auch nur für die Truppen in bestimmten Gebieten, in anderen Gebieten essen vietnamesische Soldaten wilde Früchte und sind zu Skeletten abgemagert. Die Verluste der vietnamesischen Armee können nicht mehr aus regulären Einheiten in Vietnam aufgefüllt werden, und die Verstärkungen umfassen nur mehr Gruppen von jeweils 1000 bis 2000 Soldaten.

In Vietnam selbst gibt es hauptsächlich in vier Regionen bewaffneten Kampf gegen die Hanoier Herrscherclique: In den Hochlandprovinzen, im Mekong-Delta und in den Gebieten Hué und Saigon.

17 Monate vietnamesischer Aggression haben die kampucheanische Wirtschaft total vernichtet. Zerstört sind die Felder und die Bewässerungsanlagen, vom ursprünglichen Viehbestand existieren nur noch 20 bis 30%. "Das Volk von Kampuchea hungert in einem in seiner Geschichte bisher nicht dagewesenen Ausmaß." Die Vietnamesen wollen nicht nur die Herrschaft, sondern die Vernichtung der kampucheanischen Nation und Rasse, damit das Land von ihren Siedlern überflutet werden kann.

In den von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebieten gibt es allen widrigen Umständen zum Trotz eine Nahrungsmittelproduktion, die militärisch verteidigt werden muß, gibt es hunderte Spitäler mit 100 bis 300 Betten, sowie kleinere Sanitätsstationen, gibt es Schulen.

Die Regierung ruft in ihrer Erklärung alle friedliebenden Staaten zu weiterer Unterstützung auf und zum Widerstand gegen alle Versuche Hanois, die vietnamesische Aggression zu legalisieren. Tiefer Dank wird speziell den ASEAN-Staaten ausgesprochen.

Das politische Forderungsprogramm wird erneut bekräftigt:

1. Abzug der vietnamesischen Truppen entsprechend der UN-Resolution 34/1979;
2. Wahlen unter Aufsicht des UN-Generalsekretariats;
3. Regierung und Volk von Kampuchea hegen keinen Haß gegen das vietnamesische Volk, stellen keine Wiedergutmachungsansprüche, vorausgesetzt, die vietnamesischen Truppen werden vollständig abgezogen.

Die Ministertagung entschied, die "Nationalbank Kampucheas" zu gründen und richtete Komitees zur Ausarbeitung einer Gesetzessammlung, eines Erziehungsprogrammes, eines Wirtschaftsprogrammes ein, um die neue strategische Linie besser zur Geltung zu bringen: Nichtpaktgebundenheit, Berücksichtigung der verschiedenen sozialen Schichten Kampucheas, Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern auf ökonomischem, kulturellem und technischem Gebiet auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils.

RÜCKKEHR VON FLÜCHTLINGEN - VIETNAMESISCHER EINFALL IN THAILAND

Die bürgerliche Presse registrierte Massenversammlungen in den thailändischen Flüchtlingslagern gegen die vietnamesische Besatzung Kampucheas (Le Monde, 11.6.) Eine umfassende Rückkehrbewegung von tausenden Kampucheanern in die von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrollierten Gebiete, ausgestattet mit Saatgut zur Nahrungsproduktion in der Regenzeit hat begonnen. Verantwortliche des UN-Hochkommissariats für Flüchtlingswesen konnten sich in jedem einzelnen Fall von der Freiwilligkeit der Entscheidung der Flüchtlinge überzeugen.

Die vietnamesische Armee unternahm an zwei Stellen nördlich der thailändischen Grenzstadt Aranyprathet Vorstöße auf thailändisches Territorium um Thailand und die ASEAN-Staaten einzuschüchtern, der Weltöffentlichkeit Stärke zu demonstrieren, rückkehrwillige Kampucheaner von ihrem Vorhaben abzubringen und die Flüchtlinge in das Innere Thailands zu treiben. Die thailändische Armee leistet Widerstand. Zur Zeit befinden sich vietnamesische Einheiten weiterhin auf thailändischem Territorium. Die ASEAN-Staaten (Thailand, Malaysia, Singapure, die Philippinen und Indonesien) verurteilten auf der am 25.6. stattfindenden Aussenministerkonferenz Vietnam. Schon am 8.6. hatte ein Sprecher der thailändischen Regierung auf das Drängen der Vietnamesen nach Gesprächen zwischen Bangkok und Phnom Penh geantwortet: "Wir anerkennen die Regierung Heng Samrins nicht. Und daher gibt es mit ihr auch nichts zu diskutieren!"

NEUE WENDUNGEN SIHANOUKS

Der ehemalige kampucheanische Staatschef, der nach dem Einmarsch der Vietnamesen die Sache der Freiheit Kampucheas noch vor der UNO verteidigt hatte, dann jedoch einen immer reaktionäreren Kurs einschlug ("Rote Khmer"), hat in einem Telegramm an die Beijinger Niederlassung der französischen Nachrichtenagentur AFP erklärt, sich in Zukunft aller politischen Tätigkeit enthalten zu wollen. Noch zu Beginn des Monats hatte er gegenüber Auslandskampucheanern erklärt, sich an einer Regierungsbildung aller patriotischen Kräfte beteiligen zu wollen, wenn von Kampucheanern in Europa und den USA dies begrüßt würde. (Le Monde, 15.6.)

VIETNAMESEN SÄUBERN DIE MARIONETTENVERWALTUNGEN

Anfang Juni wurden 60 Kampucheaner zu Gefängnisstrafen zwischen 3 und 20 Jahren verurteilt. Ihnen wurde vorgeworfen, im April 1979 eine Regierung gebildet und mit dem ehemaligen Premierminister Son Sann Verbindung aufgenommen zu haben. 60 Funktionäre Heng Samrins, unter anderem 3 Angestellte des "Außenministeriums", einer des "Informationsministeriums", der "Verantwortliche" für Nachschub, der "Verantwortliche" für Propaganda, Information und Kultur in Phnom Penh, der Direktor zweier Fabriken der Hauptstadt. Letzterer soll Material versteckt und Versammlungen in Fabriken abgehalten haben.

Die Heng Samrin - Clique ist nur der Schatten der Vietnamesen. Überdies ist ihre ganze Verwaltung von Patrioten durchsetzt. Thiounn Mumm, seit Dezember 1979 Wissenschaftsminister und von 1976 bis 1979 Präsident des Instituts für Wissenschaft und Technik, legte zu Fuß 2.000 km durch alle Gebiete Kampucheas zurück, davon fünfeinhalb Monate in den von den Vietnamesen besetzten Gebieten. Im Juni 1979 hielt er sich mehrere Tage lang in Phnom Penh auf. Er berichtete: "Viele von den Vietnamesen eingesetzte Dorfvorsteher sind in Wirklichkeit auf Seite des Widerstandes. Ich bin in Kampuchea sehr bekannt. Viele Leute, vor allem Intellektuelle kennen mich. Aber niemand hat mich verraten. Bei einer Gelegenheit habe ich mich mit einem Dorfvorsteher und einigen anderen Leute in der Nähe von Tonle Sap (Große Seen) unterhalten. Der vietnamesische Chef kam hinzu und fragte den Dorfvorsteher, ob Thiounn Mumm in der Nähe gesehen worden sei. Alle sagten im Chor: 'Wer ist Thiounn Mumm?', obwohl jeder wußte, wer ich bin. Aufgrund der Erfahrungen meines langen Aufenthaltes kann ich schätzen, daß 99% des kampucheanischen Volkes wollen, daß die Vietnamesen sofort aus unserem Land verschwinden." (bo)



Berichte aus Eritrea

Im Folgenden drucken wir auszugsweise zwei Beiträge aus der Zeitschrift "Eritrea Information" ab, die die schwierigen Bedingungen der eritreischen Revolution, sowie die manigfaltigen Anstrengungen, diese Schwierigkeiten zu überwinden und den nationalen Befreiungskampf in die Phase der Offensive zu führen, gut veranschaulichen.

Im ersten Beitrag erklärt Haile Woldensae, Eritreas Kulturminister und Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der EPLF (Eritreische Volksbefreiungsfront), die kulturellen Aufgaben der Revolution, im zweiten berichtet die britische Journalistin Victoria Brittain über ihren Besuch im eritreischen Flüchtlingslager Solumna an der Grenze zum Sudan.



Traditionelle Rhythmen und Tänze, neue revolutionäre Themen

Im letzten Tageslicht arbeitet eine Gruppe an einem Haus, das einer Festung gleicht. Andere fertigen Kochtöpfe und Deckel aus russischen Granatenhülsen an, die von der Schlacht um Nacfa vom letzten Dezember stammen. Russische Munitionskisten werden zu Bücherkästen und Bänken umgearbeitet.

Seit zwanzig Jahren bereits fliehen Eritreaner in den Sudan. Mit der Offensive der von den Sowjets befehligten und unterstützen äthiopischen Armee und unter dem Druck sowjetischer Bomber mußten sich die eritreanischen Freiheitskämpfer zurückziehen.

Aber im Dezember wendete sich das Blatt. Die Gegenoffensive begann. Solomuna entstand während der äthiopischen Offensive. Es atmet den Geist der eritreanischen Gegenoffensive.

In einer Wüste von Sand und Gestein gelegen, neun Fahrstunden von Port Sudan entfernt, beherbergt das Lager 11500 eritreanische Flüchtlinge, davon zwei Drittel Kinder, dreihundertfünfzig Waisen unter sieben Jahren sowie zweitausend Kriegsverwundete. Das Gelände ist so unwirtlich, daß kaum Sudanesen dort wohnen. Trotz geringer Hilfe durch internationale Organisationen hat die außerordentliche Anstrengung der Eritreaner Solomuna in nur fünfzehn Monaten zu einer produktiven Stadt gemacht, mit Lebensbedingungen wie in keinem anderen Flüchtlingslager Asiens oder Afrikas.

Jedermann arbeitet. Die am stärksten Behinderten malen Mengistu in seinem Todeskampf. Die Kleinkinder gießen winzige Gemüsegärten, die sie mit kleinen Zweigen gegen das Sonnenlicht schützen. Alle Kinder ab drei Jahren gehen zur Schule.

2500 Kinder besuchen die revolutionäre Schule. Ihre Eltern sind entweder noch in Eritrea oder anderswo im Sudan. "Wir rüsten unsere Jugend, um unserem Volk die Zukunft zu bewahren", sagen die Lehrer. Zuerst wird der Unterrichtsraum errichtet, die Schlafsäle müssen noch warten. 100 Lehrer unterrichten hier, die Schulbücher sind in Eritrea gedruckt.

Aber Einfallsreichtum und harte Arbeit allein sind nicht genug. Blutarmut und Malaria sind weitverbreitete Krankheiten. Infolge der Unterernährung und aus Vitaminmangel hat die Tuberkulose, besonders unter den Kindern, stark zugenommen. Ihre Bekämpfung ist schwierig, da es an Medikamenten mangelt. Die Klinik, die über einen ausgebildeten Kinderarzt und einige Krankenschwestern verfügt, behandelt monatlich 200 bis 340 Patienten stationär und 2200 bis 2800 ambulant.

Das Lager, in einem Felsental gelegen und gut getarnt, erstreckt sich über mehr als fünfzehn Kilometer, um gegen Luftangriffe besser geschützt zu sein.

Die Schaffung neuer und gerechter wirtschaftlicher Verhältnisse muß von einer kulturellen Alternative begleitet sein, damit der revolutionäre Prozeß vollständig ist. Da wir Schritt für Schritt versuchen, die feudalen Werte der traditionellen Volkskultur (Lieder, Gedichte) zu überwinden, müssen wir uns ständig anstrengen, neue und bessere Formen dafür zu finden.

Wir versuchen das Volk mit solchen Mitteln zu erreichen, die ihnen als Teil des täglichen Lebens geläufig sind. Zum Beispiel findet in Dörfern, in denen der Analphabetismus verbreitet ist, die Überzeugungsarbeit mittels Liedern, Parodien und Stücken statt, während wir dort, wo die Leute lesen und schreiben können, Lesezirkel und Diskussionen abhalten.

Unsere Kulturabteilung studiert die Tradition, um das Gute davon zu bewahren, das Wertlose auszusondern, bzw. dasjenige, was die alte ökonomische Ordnung vertritt. Wenn Lieder, Gedichte oder Sketches für die Politisierung genutzt werden, werden gewöhnlich alte Formen und Rythmen mit neuem revolutionärem Inhalt kombiniert, der darauf abzielt, die Einheit des Volkes zu stärken, die Bedeutung der Arbeit, die Notwendigkeit der Erziehung, die Unvermeidlichkeit der Revolution zu betonen...

Das alles fällt natürlich nicht nur in die Verantwortlichkeit der Kulturabteilung. Jede Einheit der EPLF hat ihre eigene Kulturgruppe, die unter der Anleitung der Kulturabteilung arbeitet. Die Aufgaben dieser Kulturgruppe können - der Einfachheit halber - in lokale und allgemeine gegliedert werden.

Bei der lokalen Arbeit, wenn zwischen der Gruppe und der Bevölkerung keine sehr engen Beziehungen herrschen, deckt die Gruppe in einer Szene die vorherrschenden falschen Tendenzen auf, zeigt deren Ursachen und spornt die Leute an, die Fehler zu überwinden.

Ihre allgemeine Aufgabe ist die Erziehung des eritreanischen Volkes als ganzes. Die Gruppen erklären den Verlauf und das Auf und Ab der revolutionären Entwicklung, z.B. die Notwendigkeit des strategischen Rückzugs im vergangenen Jahr, und erläutern die Erfahrungen anderer Völker in ihrem Befreiungskampf.

Diese Erziehungsarbeit dauert sehr lange. Sie erfordert Veränderungen in der ökonomischen Struktur wie auch Überzeugungsarbeit. Beispiele dafür sind die Veränderung der Rolle der Frau von einer in der Küche Eingesperrten zu einer gleichberechtigten und freien Mitkämpferin, oder das Erlernen von Kritik und Selbstkritik. (Nach: Eritrea Information 3/80)

NEUES MIETENGESETZ: EIN ANSCHLAG AUF DAS VOLK

"Wir sind nicht bereit nachzugeben!" "Im Übrigen betrachten wir die Vorbesprechung als abgeschlossen ". "Die Verantwortung liegt nicht bei uns, sondern in erster Linie bei der SPÖ!" Das war die Stellungnahme der SP-nahe Mietervereinigung zu den Auseinandersetzungen über das neue Mietrecht im April dieses Jahres. Wenig später, nämlich am 16. Juni fand jedoch eine weitere "Vorbesprechung" statt, an der neben Vertretern des Justizministeriums und der Mietervereinigung auch Vertreter der Wiener SPÖ, sowie der Gemeinde Wien (größter Hausherr Österreichs) teilnahmen. Und obwohl noch im April die Mietervereinigung erklärt hatte: "Gerade hinsichtlich der Verwendung eines Teiles des Hauptmietzinsertrages für private Zwecke sind wir nicht bereit nachzugeben", gab sie doch nach und kam es erstmals zu einer SPÖ-internen "Einigung" über das neue Mietrecht Nach Broda-Sekretär Rieder steht somit einer Weiterleitung des Gesetzesentwurfes in den Ministerrat nichts mehr im Wege. Er kann sich nun ein Inkrafttreten des neuen Mietrechts mit 1. 1. 1981 vorstellen.

Worum geht es beim neuen Mietrecht?

Nach der Darstellung der SPÖ geht es mit dem neuen Gesetz darum, einerseits die Erhaltung des österreichischen Althausbestandes zu sichern, andererseits aber die Mieter "vor überhöhten Forderungen" der Hausherrn zu "schützen". Dementsprechend beschäftigt sich das neue Mietrecht vor allem mit der Frage der Finanzierung von Erhaltungsarbeit an Altbauten, sowie mit der Frage der Miethöhe für Altbauwohnungen.

Gegenwärtig gilt die Regelung , daß die Vermieter 50% ihrer Einnahmen aus den Hauptmietzinsen 7 Jahre lang für allfällige Erhaltungsarbeiten zur Verfügung zu halten haben, während sie über die Zinsen des so entstehenden Kapitals verfügen können. Reicht für die nötigen Arbeiten diese Mietzinsreserve nicht aus, so kann eine Zinserhöhung nach § 7 durchgeführt werden, die die Mietzinse in solchem Maß und für eine solche Dauer vervielfachen, daß die nötige Summe für die Erhaltungskosten gedeckt wird.

Die Höhe der Hauptmietzinse ist in Österreich so geregelt, daß die Miete für Altbauwohnungen dann 1 bzw. 2 Schilling per qm nicht übersteigen darf, wenn der Mietvertrag vor 1968 abgeschlossen wurde. Für Altwohnungen, die nach dem 1. 1. 1968 neuvermietet wurden, gilt die freie Mietzinsvereinbarung, die keine Obergrenze kennt, außer in einem Ausnahmefall. Bei den sogenannten "Substandardwohnungen" nämlich, die nicht zumindest über eigenes WC und über eigenen Wasseranschluß innerhalb des Mietobjekts verfügen, wurde 1974 die Höchstmiete mit 4 Schilling per qm festgelegt.

Mit dem neuen Mietrecht, an dem im Justizministerium seit 1974 gearbeitet wurde, sollte nun erstens die Mietzinsreserve von 50 auf 100% der Hauptmietzinseinnahmen erhöht, sowie die Dauer der Bereithaltung von 7 auf 10 Jahre ausgedehnt werden. Die Regelungen über Friedenszins und über freie Mietzinsvereinbarung sollten für alle neuen Mietverträge ersetzt werden durch gesetzlich festgelegte Mietzinsobergrenzen, die sich je nach Wohnungsstandard in 4 Kategoerien teilen. Außerdem sollte es die Möglichkeit geben, für den Fall, daß Erhaltungsarbeiten nicht aus den Mietzinsreserven zu decken sind, die alten Mieten auf 75% der gesetzlichen Obergrenzen (und zwar auf Dauer) zu erhöhen.

Welche Änderungen gab es daran nun?

Die ursprünglichen Absichten entsprachen in etwa den Forderungen der Mietervereinigung, stießen dafür jedoch auf massiven Widerstand der Oppositionsparteien der Hausherren und Hausverwalter sowie offensichtlich der Teile der SPÖ, die nicht wie die Mietervereinigung Mieter zu vertreten haben, bzw. die - wie die Gemeinde - selbst Hausherren sind.

Und so kam es bei der Einigungssitzung der SPÖ zu einschneidenden Abänderungen. Die Vorlage, die nun in den Ministerrat gehen soll, sieht vor, daß von den 10 Jahren bereitzuhaltenden 100% der Hauptmietzinseinnahmen 20% dem Hausherren gebühren, falls dieser Erhaltungs- oder Verbesserungsarbeiten durchführen läßt. "Für die Planung, Überwachung, Abrechnung und dergleichen der Reparaturen und die Einbuße an Zinsen". Wenig später nannte Broda diese 20% einen "Unternehmergehalt", was allerdings im Widerspruch zu seinen bisherigen Äußerungen steht, wo er immer wieder betonte, die Zinsen, die aufgrund der Reservebildung anfielen, und die den Hausherren gehörten, wären als "Unternehmergehalt" genug.

Ebenfalls neu ist auch, daß an die Einführung eines Erhaltungsbeitrages gedacht ist, dessen Obergrenze - wiederum in die 4 Kategorien geteilt - jeweils 66,6% bzw. 2/3 der Mietzinsobergrenze ausmacht. Für den Fall, daß ein Hausherr diesen Erhaltungsbeitrag von seinen Mietern kassiert, soll er aber nur noch 10% der Mietzinsreserven als "Unternehmergehalt" einstecken dürfen.

Als "Ausgleich" dafür, soll der Wirksamkeitsbereich der staatlichen Mietzinsbeihilfe nun auch auf die Mieter von Altwohnungen ausgedehnt werden, die solche Erhaltungsbeiträge zu zahlen haben und sollen die Einkommensobergrenzen für den Anspruch auf Mietzinsbeihilfe zwischen 25 und 35% angehoben werden.

Schließlich sollen eine ganze Reihe von Mietobjekten von der Höchstzinsregelung ausgenommen werden. Und zwar Wohnungen der Kategorie A, die größer als 90 qm sind, Wohnungen der Kategorie B, die größer als 130 qm sind, Wohnungen, die durch Hausherren in Althäusern bei freier Finanzierung neu geschaffen wurden, sowie durch den Hausherren verbesserte Substandardwohnungen im Fall ihrer ersten Neuvermietung nach der Verbesserung.

Außerdem sollen sämtliche vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes vereinbarte Mieten die danach geltenden Mietzinsobergrenzen um bis zu 50 Prozent übersteigen dürfen.

Alles zusammengenommen, hat also die Mietervereinigung noch genug "nachzugeben bereit sein" müssen, daß sie diesen Äußerungen zustimmen konnte. Dementsprechend gibt es in der Mietervereinigung auch große Unzufriedenheit. Hatte vor der Einigungssitzung Vizepräsident Windisch in einem Brief an Broda dessen Pläne noch zurückgewiesen und als "bedauerlich" bezeichnet, so steht nun nach seiner Zustimmung zu den "bedauerlichen" Änderungen er selbst im Mittelpunkt der Kritik innerhalb der Mietervereinigung.

So scheint es, als ob nach einer Auseinandersetzung innerhalb der SPÖ die Mietervertreter den Hausherrnvertretern unterlegen wären.

Das neue Mietengesetz bringt eine einschneidende Verschlechterung

In Wahrheit ist es aber um keines von beiden gegangen. Von vorneherein ging es mit dem neuen Mietengesetz um eine Rettung des Hausbestandes. 90 Milliarden Schilling wären allein in Wien nötig, um den Hausbestand - soweit möglich - zu erhalten. In der Vergangenheit haben sich zwei Dinge gezeigt: Erstens betrachten die Hausherren die Erhaltungsarbeiten keineswegs als Angelegenheit für die die Zinsgelder herangezogen werden sollen. Häuser die immer mehr verfallen, die immer stärker abgewohnt sind, prägen das gewohnte Straßenbild. Zweitens reichen die aufgrund der Gesetzeslage heranziehbaren Mittel keineswegs zu einer wirklichen Erhaltung, höchstens zu kosmetischen Arbeiten.

Um dieses Problem geht es der Regierung und sie stößt bei den Versuchen zu dessen Lösung ständig auf das Problem des Privateigentums. Da die Wohnbautätigkeit immer mehr zurückgeht, wobei auch die öffentliche Bautätigkeit keine Ausnahme macht, wird die Erhaltung des Althausbestandes so wichtig. Wie soll man aber einen privaten Hausherrn dazu zwingen, sein Haus nicht verfallen zu lassen, wenn dieser es verfallen lassen will?

Daher nun der Plan, den Hausherrn den Zugriff auf die Mieten nur dann zu erlauben, wenn diese sich zu Erhaltungsarbeiten bereit erklären. Daher auch der Anreiz mit der Einführung des Erhaltungsbeitrages. Läßt der Hausherr Instandhaltungsarbeiten durchführen, kann er die Mieten um 66% erhöhen.

Das Problem erstreckt sich allerdings nicht bloß auf die privaten Hausherren. Auch die Gemeinde Wien als größter Hausherr hat sich inzwischen als Zinsgeier einen guten Namen gemacht. Ein Blick auf die Gemeindebauten der Zwischen- und unmittelbaren Nachkriegszeit ließe fast vermuten, daß man es hier mit ebensolchen Abbruchsspekulanten zu tun hat, wie bei den privaten Hausherren. Die Wohnhausanlagen sind zum Teil völlig desolat und abgewohnt, § 7-Zinse sind inzwischen auch für Gemeindemieter nichts unbekanntes mehr. Bei den Gemeindebauten der späten Sechziger- und der Siebzigerjahre hingegen läßt sich der gleiche Zinswucher wie woanders auch feststellen. Jedenfalls dienen auch bei der Gemeinde die Mietzinseinnahmen anscheinend nicht zur Erhaltung des Hausbestandes und das ist, wie es scheint, genau dasselbe Problem wie bei den privaten Hausherren.

Daß daher die Mieter für alle zusätzlichen Erhaltungsarbeiten, die man erreichen will, zu zahlen haben, stand schon von Anfang an fest. Daran wollte nicht einmal die Mietervereinigung rütteln. Was das neue Mietengesetz für die Mieter bringen wird, sind einschneidende Verschlechterungen. Die Mieten werden schlagartig bis zu den gesetzlichen Höchstgrenzen, bzw. bis 50% darüber hinaufschnellen, mit ungerechtfertigt eingehobenen Erhaltungsbeiträgen, die übrigens falls es keine Erhaltungsarbeiten gibt, erst nach 5 Jahren und auch das erst über das Mittel des Prozessierens rückerstattet werden müssen, wird es zu Betrügereien großen Umfangs kommen, die - ungesetzlichen - Ablösen, deren Zweck bisher unter anderem darin lag, den gesetzlich auf Eis zu legenden 50%igen Anteil der Miete von 7 Jahren zu bevorschussen, werden entsprechend den neuen Bestimmungen (80% auf 10 Jahre) sich gut und gern verdoppeln. Es wird zwar sicherlich zu einer Verstärkung der Erhaltungstätigkeit kommen, jedoch werden die Probleme dadurch sicherlich nicht geringer. Weder kann das neue Mietengesetz dazu führen, daß sich die Bautätigkeit wieder steigert, obgleich die Zahl der - zahlungskräftigen - Mieter weiterhin nicht steigen sondern sinken wird, noch kann das neue Mietengesetz daran etwas ändern, daß unter einer ganzen Reihe von Umständen das Abreißen von Wohnhäuser profitabler ist, als deren Erhaltung.

NOCH WEITERE VERSCHLECHTERUNGEN MÖGLICH

Und dabei ist ja mit dem nun zu erwartenden Ministerratsbeschluß noch nichts festgelegt. Es bleibt noch offen, wie die Hausherren selbst auf die Änderungen am Gesetzesentwurf reagieren werden. Die Interessensgemeinschaft der Hausverwalter hat sich jedenfalls bereits zu Wort gemeldet und erklärt, daß auch die neuerlichen Änderungen nichts daran ändern können, daß der Gesetzesentwurf äußerst unbefriedigend ist. Sie hat vehement verlangt, ein neues Mietrecht müsse den Durchschnitt der jetzigen frei vereinbarten Mietzinse um mindestens 50% heben und sich gegen die 20%-Formel ausgesprochen. Es ist zwar nicht zu erwarten, daß die Regierung hier nachgibt, da ein weiteres Abgehen den Wert des ganzen Gesetzes in Frage stellen würde, es ist aber möglich, daß sich an den festgelegten Höchstsätzen der Mieten noch einiges ändert. Geschieht das nicht, so ist immerhin noch zu bedenken, daß diese Höchstsätze - einmal beschlossen - ja nicht ewig gleich bleiben, sondern nicht ewig gleich bleiben, sondern jährlichen Korrekturen durch die Landeshauptleute unterliegen, die sich dabei an den Baukostenindex zu halten haben, der ohnehin stärker steigt, als etwa der Index der Lebenshaltungskosten. Gerade hier kann es also noch zu weiteren Verschlechterungen kommen, sogar bevor das Gesetz überhaupt in Kraft ist.

Mit Widerstand gegen die Pläne der Regierung sieht es bisher schlecht aus. Die Mietervereinigung, mit 300.000 Mitgliedern die einzige ernstzunehmende Organisation der Mieter , ist vollkommen von der SPÖ dominiert - wie sich erst jetzt wieder gezeigt hat. So wie früher auch schon, war sie auch diesmal von Anfang an dazu bereit, einer Lösung auf Kosten der Mieter zuzustimmen. Auch wenn es nun, da es selbst bedeutenden Kräften in der Mietervereinigung zu weit geht, in dieser Organisation zu größeren Auseinandersetzung über das neue Mietrecht kommen wird, so kann man sich von der Seite her doch nichts Entscheidendes gegen die Politik der Regierung erwarten. Es ist sogar fraglich, ob man sich überhaupt etwas erwarten kann.

Obwohl es sich beim neuen Mietrecht um einen Anschlag auf die Besitzlosen und dabei wieder auf die Lohnabhängigen vor allem handelt, hat der ÖGB bisher in die Auseinandersetzung überhaupt nicht eingegriffen. (gf)



DIE VIER KATEGORIEN

Kategorie A	S 18,- per m² (bei 70 m² S 1.260)	Mindestens 30 m², Zimmer, Küche, Vorraum, WC, Bad. Zentral- oder Etagenheizung, Warmwasser
Kategorie B	S 13,50 per m² (bei 70 m² S 945,-)	Mindestens Zimmer, Küche, Vorraum, WC und Bad
Kategorie C	S 9,- per m² (bei 70 m² S 630,-)	Mindestens Wasser und WC innen
Kategorie D .	S 4,50 per m² (bei 70 m² S 315,-)	Nicht wenigstens Wasser u n d WC innen

Im Vergleich dazu für die geplanten Kategorien die entsprechenden derzeitigen Durchschnittsmieten (Betriebs- und Aufwandskosten, sowie §7 inbegriffen: A: S 14,80 pro m², B: S 14,80 pro m², C: S 9,10 pro m² und D: S 9,70 pro m².

Zu beachten ist, daß es sich bei den neuen Preisen für die oben angeführten vier Kategorien nur um die jeweilige Miete handelt, also o h n e Betriebskosten, Verwaltungskosten, Kosten für Gemeinschaftseinrichtungen etc. Was die Mieter also tatsächlich ihren Hausherren zu zahlen haben werden, wird weit über dem liegen, was sich aus der Multiplikation des jeweiligen Quadratmeterpreises mit der Quadratmeteranzahl der Wohnung ergibt.

NEUE EINKOMMENSOBERGRENZEN FÜR MIETZINSBEIHILFEN

1 Person	60.000,-	85.000,-	jährlich
	4.285,-	6.071,-	monatlich
2 Personen	77.000,-	105.000,-	jährlich
	5.500,-	7.500,-	monatlich
3 Personen	82.000,-	111.500,-	jährlich
	5.857,-	7.964,-	monatlich

Anspruch auf Mietzinsbeihilfe soll nur haben, wer Erhaltungsbeitrag zahlen muß, und nicht mehr als die oben genannten Summen verdient.

Zum Vergleich: Die für Mitte 1980 vorausgesagte durchschnittliche Pension für Arbeiter liegt in der Höhe von S 61.054,- (S 4.361,- monatlich). Alleinstehende Arbeiterpensionisten kämen also gerade noch in den Genuß der Beihilfe, für ein Ehepaar wäre es wohl bereits so gut wie ausgeschlossen. Die durchschnittliche Pension für Angestellte wurde für Mitte 1980 mit A 97.160,- vorausgesagt. Hier gäbe es also keine Chance auf Beihilfe.

OBERGRENZEN DER ERHALTUNGSBEITRAGE

Kategorie A	S 12,-/m²
Kategorie B	S 9,-/m²
Kategorie C	S 6,-/m²
Kategorie D	S 3,-/m²

Steuerkommission des Gewerkschaftsbundes macht Vorschlag:

WEITERE 18 MONATE UNVERMINDERTER AUSPLÜNDERUNG ?

Erstmals konkrete Vorschläge der ÖGB-Steuerkommission wurden unlängst in einem Interview des Kommissions-Vorsitzenden und ÖGB-Vizepräsidenten Dallinger der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Nach Dallinger soll die Steuerreform mit 1.1.1982 in Kraft treten, soll die hauptsächliche Erleichterung für die Einkommen bringen die zwischen S 10.000,-- und S 20.000,-- liegen, soll aber auch für die Einkommen zwischen S 20.000,-- und S 27.000,-- gewisse Verbesserungen bringen, und den Staat um vorerst 12 Milliarden Schilling aus Lohnsteuereinnahmen bringen. Ebenfalls vorgeschlagen hat die Kommission eine Anhebung des Höchststeuersatzes von derzeit 62 auf 65 Prozent. Über ÖGB-Präsident Benya wurde gleichzeitig bekannt, daß mit 1.1.1981 nach den Wünschen des ÖGB eine kleine "Anpassung" stattfinden solle, die die Belastung der Bezieher von Mindesteinkommen verringern soll.

Diesen Äußerungen sind zwei Hauptaussagen zu entnehmen. Erstens bedeutet die Festlegung des geforderten Termines mit Anfang 1982, daß die ÖGB-Steuerkommission sich endgültig dafür entschieden hat, daß im zweiten Halbjahr 1980 und im ganzen Jahr 1981 der immer schlimmeren Steuerbelastung der Massen nicht entgegengetreten werden soll. Zweitens besagt die Höhe der "Kosten" der Reform, daß dieser Vorschlag in erster Linie einmal propagandistische Zwecke verfolgt und bringt aber auch zum Ausdruck, daß der Unmut über die Steuerbelastung schon sehr groß sein muß, wenn es einmal nötig wird, gleich mit 12 Milliarden-Forderungen zu operieren.

So besehen, scheint die erste Aussage die dominierende zu sein. Zwar hat auf der letzten Regierungsklausur sich die gesamte Regierung bemüht, den Eindruck zu erwecken, als ob es in den kommenden Monaten zu keiner verstärkten Steuerauspressung kommen werde, doch haben die wenigen inzwischen vergangenen Wochen bereits das Gegenteil bewiesen. Vor allem aber braucht sich gar nichts zu ändern, damit die Lohnsteuer und die Mehrwertsteuer sozusagen automatisch weiter explodieren, je höher die Inflation, desto mehr. So gut wie sicher ist weiters bereits die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Energie von 8 auf 18 %. In einem Interview hat Androsch dies als "energiepolitisch notwendige Maßnahme" bezeichnet, die selbstverständlich auch "fiskalische Effekte" hat. Tatsache ist aber, daß Gas- und Stromverbrauch deshalb nicht eingeschränkt werden kann, nur weil Gas und Strom immer teurer werden. Sieht man sich die Teuerung an, die es in den letzten Jahren bei diesen Waren gegeben hat, müßte ja sonst der Verbrauch heute schon gleich Null sein. Es ist also nur zu klar, daß es hier um eine reine Ausplünderungsmaßnahme geht, was Androsch auch vollkommen bewußt ist. Genau das gleiche gilt natürlich auch für das Heizöl, dessen Verbrauch man - solange man überhaupt Geld zum Heizen hat - auch nicht nach der jeweiligen Höhe des Preises bzw. der Steuer dosieren kann. Und ebenso, wenn auch nur für einen kleinen Teil der Massen wirksam, verhält es sich mit der Unterwerfung des Flüssiggaspreises unter die Mineralölsteuer. Aber neben der Erhöhung der Besteuerung von Energie wird ja auch eine Erhöhung der Besteuerung von Getränken diskutiert. Und schließlich sieht die gegenwärtige Diskussion über die "Quellensteuer " verdammt danach aus, als sei sie Vorbote einer "Diskussion" über eine generelle Erhöhung der Mehrwertsteuersätze. Ist die "Quellensteuer" erst in ihrer ganzen Gefahr für die kleinen Sparer dargestellt, ist vielleicht der Boden für eine allgemeine Mehrwertsteuererhöhung günstiger. Die 1978 eingeführte Mehrwertsteuer von 18 auf 30 % für eine Reihe von Artikeln, auch des täglichen Gebrauchs, hat bekanntlich mit der von Kreisky eingeleiteten Debatte über die Einführung einer "Luxussteuer" begonnen. Auch auf dem Sektor des Straßenbaues bahnt sich eine Ausweitung der staatlichen Ausplünderung an. Der ständige Wirbel, den Sekanina um die "Finanzlücken" für den Straßenbau macht, deutet darauf hin, daß sich hier ein neuerlicher Steuervorstoß, vielleicht bei der Bundesmineralölsteuer anbahnt. Der Vorschlag Sekaninas, daß die betroffenen Bundesländer wenigstens ein Drittel der Kosten für den Ausbau der Südautobahn zahlen sollen, hat in den Ländern bereits Überlegungen über die Aufbringung dieser Mittel ausgelöst. Außerdem gibt es den bereits auf der Regierungsklausur von Androsch geäußerten .Plan, über Gebührenerhöhungen wenigstens 3 oder 4 Milliarden hereinzubringen. All das kommt nun auf die Arbeiter- und Volksmassen in einer Situation zu, wo aufgrund von Abschlüssen unter der Inflationsrate das zur Lebenshaltung verfügbare Geld ohnehin immer weniger wird und die Steuerausplünderung schon jetzt ein unglaubliches Maß erreicht hat. Und die Antwort der ÖGB-Steuerkommission darauf: In den nächsten eineinhalb Jahren soll sich daran nichts ändern außer vielleicht der Erhöhung der sogenannten "Bagatellgrenze", die die Grenze des Einkommens angibt, bis zu der überhaupt keine Lohnsteuer zu zahlen ist. Weder hat die ÖGB-Steuerkommission also ausgesprochen, daß die Steuerbelastung schon jetzt unerträglich ist und sofort einschneidend verringert werden muß, noch hat sie sich gegen all die Vorschläge über weitere Steuererhöhungen gewandt, die von der Regierung ungeniert erwogen werden. Damit ist die Steuerkommission ganz eindeutig nicht den dringenden Interessen der Lohnabhängigen gerecht geworden, die nun vor der Aufgabe stehen, ihre Interessen gegen die Steuerausplünderung des Staates im ÖGB geltend zu machen, um die Gewerkschaft in ihrem Sinn einsetzen zu können. Ganz auf den Termin konzentriert ist auch die Stellungnahme des Zentralorgans der Regierungspartei zum Dallinger-Interview. Die ÖGB-Steuerkommission wird in einem Artikel von Manfred Scheuch sehr gelobt für "das Verständnis, das der ÖGB der Budgetlage entgegenbringt" und das "in der Tatsache begründet ist, daß für verantwortungsbewußte Gewerkschafter die Sicherung der Arbeitsplätze allemal noch vor der Stärkung der Realeinkommen liegen muß". Bemerkenswert daran ist, daß mit keinem Wort auf die Höhe der Steuerausfälle eingegangen wird. Wenn jemand von der Regierung 12 Milliarden fordert, so ist das doch gewiß keine Kleinigkeit. Doch hier scheint der drohende Einnahmenausfall die Regierung nicht zu beunruhigen. Wichtig ist ihr vor allem einmal die Garantie, daß sie jetzt eineinhalb Jahre lang die Ausplünderung weiter steigern kann. Was dann ist, das wird man schon sehen.

RAUSCHGIFT-BEKÄMPFUNG: Ausbau der Polizei

Seit Wochen wird in Österreich, vor allem durch aktives Betreiben seitens der Massenmedien eine großangelegte Kampagne gegen das Rauschgift geführt. Sie ist darauf angelegt, ein Bild zu zeichnen, wonach das Rauschgiftproblem immer gefährlicher wird und mit konkreten Maßnahmen dagegen nicht mehr gewartet werden darf. Politiker der verschiedensten Färbung und hohe Beamte haben den Ball, der ihnen von "Krone" und "Kurier" zugespielt wird, inzwischen begeistert aufgenommen.

Und während so die durch die Pressekampagne verunsicherten Eltern sich um das Schicksal ihrer Kinder sorgen, ist der Staat bereits mit konkreten "Hilfsmaßnahmen" zur Stelle.

Dabei geht es ihm allerdings keineswegs um die Gesundheit der Jugendlichen, die durch andere Erscheinungen weit schlimmer gefährdet ist, als durch das Suchtgift-Unwesen. Das zeigt sich unter anderem daran, daß unter verschiedenen Vorwänden für Drogenheilstätten so gut wie keine Mittel bereitgestellt werden. Ein beliebter Vorwand besteht darin, daß einem Süchtigen "ohnehin nicht mehr zu helfen" ist, obwohl das Gegenteil, etwa durch die Praxis der Heilstätte in Kalksburg bewiesen ist.

Statt dessen gibt es für die Süchtigen verschärfte Anwendung des Strafgesetzes. Die neue Novelle zum Suchtgiftgesetz sieht dementsprechend vor, nun auch die - bisher straffreie - sogenannte "Wochenration" unter Strafe zu stellen, sowie, die für "heilungswillige" Straffällige mögliche Bewährungszeit auf zwei Jahre zu verdoppeln.

Darüber hinaus soll es aber zu einem nicht unbeträchtlichen Ausbau des Polizeiapparats kommen. Der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Danzinger, hat sich den an ihn von den bürgerlichen Medien herangetragenen Forderungen inzwischen "gebeugt" und angekündigt, daß man nun dazu übergehen will, Spitzel unter den Süchtigen einzusetzen. Diese Spitzel, die teilweise in den USA ausgebildet wurden, sollen laut Danzinger allerdings keine Lockspitzel sein, sondern "nur" die Aufgabe haben, bereits straffällig Gewordene zu ermitteln und zu überführen. Wenn es auch sicherlich völlig unglaubhaft ist, daß Polizeispitzel nur erstmals eingesetzt werden sollen: eine beträchtliche Verstärkung polizeilicher Spitzeltätigkeit wird es gewiß geben.



Die Wiener Polizei widmet sich dem aktiven Jugendschutz: Jagd auf jugendliche Besetzer einer leerstehenden Markthalle (21.10.79)

Weiters sollen - auch das steht bereits fest - die Suchtgiftdezernate personell verstärkt werden, um die anderen Abteilungen der Polizei zu entlasten. Und damit nicht genug, soll es überhaupt zu einer allgemeinen Aufstockung des Standes an Wachbeamten kommen: Den Anfang hat dabei schon der Wiener Bürgermeister Gratz gemacht, der zusätzliche 380 Polizisten für Wien verlangt hat. Außerdem wird in Wien darüber nachgedacht, wie man die Verfassungsbestimmung wonach Gemeinden keine eigenen Polizeitruppen haben dürfen, außer Kraft setzen kann. Dies vorerst einmal deshalb, damit die über 100 Politessen, deren Tätigkeit nur im Strafmandatschreiben besteht, aus dem Polizeidienst ausgegliedert und in den Gemeindedienst eingegliedert werden können. Die über 100 freiwerdenden Dienstposten bei der Polizei könnten damit mit weiteren "richtigen" Polizisten besetzt werden. 500 neue Polizisten also, allein für Wien. Die anderen Bundesländer werden da sicher nicht lange hinter Bundeshauptstadt zurückstehen wollen.

Die ÖVP, die als Oppositionspartei von der SPÖ schon seit deren Regierungsantritt vor 10 Jahren ständig "mehr Sicherheit" verlangt, ist sehr verwundert darüber, daß sie sich nun plötzlich, wie hervorgehoben wird, "erstmals" mit 100% ihrer Forderungen durchgesetzt hat - ohne jeglichen Kampf noch dazu.

Entweder ist diese Überraschung pure Heuchelei, oder die ÖVP ist tatsächlich blind genug, zu übersehen, daß die Regierung die Rauschgiftkampagne der Presse und der Oppositionsparteien sofort dazu genutzt hat, um etwas zu tun, was ihr sonst nicht so leicht gefallen wäre. Schließlich stößt man normalerweise beim Ausbau des Polizeiapparates außerhalb der Bourgeoisie nicht gerade auf Sympathie. Allein im letzten Jahr hat es derart viele "Polizeiskandale" gegeben, Fälle, in denen öffentlich bekannt wurde, wie sich die Polizei und Gendarmerie gegenüber den Menschen aus dem einfachen Volk benehmen, daß eine Verstärkung dieser brutalen, volksfeindlichen Exekutive geradezu als offene Provokation hätte erscheinen müssen.

Diese Last ist also der Regierung nun abgenommen worden und es ist sicherlich nicht völlig aus der Luft gegriffen, wenn man annimmt, daß die Pressekampagne "gegen das Rauschgift" und "für den Schutz der Jugend" nicht spontan entstanden ist.

Schutz haben die Jugendlichen allerdings von der Polizei gewiß nicht zu erwarten. Wo Polizisten und Jugendliche zusammentreffen, geht es meistens ums Gegenteil. Bei Hausbesetzungen, zum Beispiel, oder, wie in Wien gerade aktuell, bei Aktionen für die Rasenfreiheit für den Burggarten. Geschützt werden bei diesen Zusammenkünften nicht die Jugendlichen vor irgendeiner fiktiven Bedrohung, sondern geschützt wird der Staat von den Jugendlichen dort, wo diese für ihn eine Bedrohung darstellen. Anläßlich von Straßenschlachten zwischen Jugendlichen und Polizisten die in der letzten Zeit in Frankreich, Italien, der Schweiz und der BRD stattgefunden haben, hat es ja auch unter Österreichs Herrschenden einige Unruhe gegeben. Während so der Staat wieder einmal den "Allgemein-Wohltäter" spielt, verstärkt er seine bewaffnete Formationen, die den ausschließlichen Zweck der Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes haben. (gf)

INBETRIEBNAHME VON ZWENTENDORF: EIN GANZ NEUES ARGUMENT

"Unsozial" ist es, wenn in Österreich nicht endlich das Atomkraftwerk Zwentendorf in Betrieb genommen wird. Diese Aussage stammt von keinem Geringeren als Finanzminister und Vizekanzler Androsch und ist in der steirischen SP-Zeitung "Neue Zeit" vom 15.6. nachzulesen.

Und warum ist eine weitere Nichtinbetriebnahme unsozial? Also das ist wirklich einfach zu erklären: "Wenn Industriestaaten auf den Einsatz von Kernenergie verzichten, weil sie sich auch zu einem höheren Preis trotz damit verbundenen Einkommensverlusten Erdöl kaufen können, und kaufen es damit den ärmsten Entwicklungsländern weg, die wegen ihrer Infrastruktur die Alternative Kernenergie nicht haben, ist das unsozial."

Auf gut deutsch: Die die reich genug sind, sollen sich mit Kernenergie versorgen und den Armen das Öl lassen - das ist sozial. Hört sich wirklich sehr fortschrittlich an, verrät jedoch gleichzeitig auch, was wirklich dahinter steckt. Denn daß der massive Einsatz der Kernenergie sicherlich seine Auswirkungen auf den Ölpreis hat, ist ja ebenso unbestritten, wie die Tatsache, daß unter anderem auch genau dem Grund die Imperialisten aus Ost und West die Kernenergie forcieren, weil sie damit den Ölpreis drücken wollen. Nur wollen sie den Ölpreis nicht etwa deshalb drücken, damit sich die Länder der Dritten Welt selbst mehr Öl kaufen können, sondern damit sie sie leichter ausplündern können. Und selbstverständlich führt eine solche Entwicklung auch nur etwa dazu, daß sich die Dritte Welt dann mehr westliche Industrieprodukte, wie etwa Atomkraftwerke kaufen kann, sondern die sich immer mehr an die imperialistischen Länder verschuldet.

Wir sehen also: Wenn es um neue demagogische Einfälle zur Propagierung reaktionärer Politik geht, ist der Herr Androsch nie um einen Beitrag verlegen.

Sollten wir ihm jedoch Unrecht tun, sollte er wirklich ein Freund der Dritten Welt geworden sein, dem es ein Anliegen ist, daß die Entwicklungsländer ihre Wirtschaft entwickeln, so könnte er sich ja unserer Forderung nach Austritt Österreichs aus der Internationalen Energieagentur anschließen, die ja einzig und allein dem "unsozialen" Ziel dient, der Dritten Welt das Öl wegzunehmen und sie dabei noch ärmer zu machen.

Kommt die Quellensteuer? Jedenfalls...

NEUE STEUERQUELLEN

Die öffentliche Steuerdiskussion hat sich in den letzten Monaten um den Termin der nächsten Steuer*senkung* gedreht. Nun wird von Regierungsseite die öffentliche Meinung für die nächste Steuer*erhöhung* weichgeklopft. Kreisky und Androsch haben wiedereinmal "Differenzen". Der Kanzler setzt sich für die Besteuerung der Bankzinsen ein, für die sogenannte "Quellensteuer", und spricht von den "Schwarzgeldern der Kapitalisten". Der Finanzminister stellt sich schützend vor die kleinen Sparer, und preist die energiepolitischen Vorzüge einer erhöhten Mehrwertsteuer auf Strom und Gas. Es bilden sich Parteien für die eine und für die andere Steuer, auch in den Gewerkschaften wird für und wider der einen undder anderen Form der Steuererhöhung erwogen, und plötzlich steht eines außer Frage: daß die Steuer, in welcher Form auch immer, auf jeden Fall erhöht wird.

Erklärtes Ziel Androschs ist es, die Neuverschuldung des Bundes 1981 zu senken.

Die gesamte Finanzschuld des Bundes beträgt derzeit 230 Milliarden Schilling. Zum Vergleich: die veranschlagten Staatseinnahmen für 1980 betragen 253 Milliarden, die geplanten Staatsausgaben 302 Milliarden.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die Summe aller in Österreich produzierten Werte, soll in diesem Jahr 920 Milliarden Schilling ausmachen. Die gesamte Finanzschuld beträgt also ein Viertel des BIP. 1974 betrug sie erst 61 Milliarden Schilling und damit ein Zehntel des BIP.

12,5 Prozent der Gesamtausgaben in diesem Jahr dienen der Schuldenrückzahlung und Zinsenzahlung. Die Größe, um die es in den Berechnungen Androschs geht, ist das "Netto-Defizit". Das ist die Neuverschuldung abzüglich der Rückzahlung alter Schulden. Dieses Nettodefizit soll nach den Berechnungen der Wirtschaftsforscher im Jahr 1981, "wenn nichts unternommen wird", 40 Milliarden Schilling betragen. Androsch will aber etwas unternehmen. Er will es auf 25 Milliarden senken. Der Anteil des Nettodefizits am Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 1978 4,2 Prozent, 1979 4,0 Prozent, und soll 1980 nur mehr 3,1 Prozent betragen. 1981 soll es nur mehr 2,5 Prozent betragen, was wird von den bürgerlichen Wirtschaftsfachleuten als "vertretbare Größe" angesehen.

Worum es dabei geht, ist, daß der hohe Anteil der Schuldenrückzahlungen das Budget als wirtschaftspolitisches Instrument für die Bourgeoisie lahmlegt.

Der Schuldenberg ist, wie aus dem Vergleich mit 1974 zu ersehen ist, durch die "Krisenbekämpfungspolitik" vor allem im Jahr 1975 entstanden, die darin bestand, durch vermehrte Ausgaben – die durch Schulden finanziert wurden – zu zusätzlichen Aufträgen und Profiten zu verhelfen und damit "die Wirtschaft anzukurbeln".

Grundtenor aller Aussagen der bürgerlichen Fachleute vom Wirtschaftsforschungsinstitut bis zu Koren von der Nationalbank ist, daß der "Budgetspielraum" für ein neuerliches Kunststück dieser Art nicht mehr vorhanden ist. Diesen Spielraum nun versucht sich die Regierung zu verschaffen, um das österreichische Kapital ohne größere Verluste auch über die nächste Krise hinwegzuretten.

REGIERUNGSKLAUSUR

Bei der Regierungsklausur wurden die Richtlinien für das kommende Budget gegeben: Senkung des Nettodefizits auf 25 statt 40 Milliarden, "Dennoch wird es keine wesentlichen Steuererhöhungen geben". Für die Mindestrenten, die mit der nächsten Pensionsanpassung in den steuerpflichtigen Bereich kommen, soll die "Bagatellgrenze", also die Einkommenshöhe, bis zu der keine Steuer zu zahlen ist, angehoben werden (sie liegt derzeit bei ca. 4.000,- Schilling im Monat). Die übrigen Pensionen sollen also voll die Last der Steuerprogression tragen müssen, ebenso wie die Löhne und Gehälter.

Beitragserhöhungen im Sozialbereich wurden auf der Regierungsklausur ausgeschlossen, doch ist – angesichts der tristen Lage in der Arbeitslosen- und Pensionsversicherung – das letzte Wort hier sicher noch nicht gesprochen.

Der finanzielle Spielraum des Budgets werde nicht zuletzt durch den Personalaufwand sowie durch Ausgaben für Unterricht, Wissenschaft, Gesundheit und soziale Wohlfahrt eingeengt, erklärte der Finanzminister.

Die Einsparungen sollen durch "Ausgabenkürzungen in jedem Ressort, Erhöhung von Gebühren, Tarifen und Kostenbeiträgen in kürzeren Abständen, doch mit nur geringen Steigerungsraten" erfolgen. Die Steuersenkung habe Androsch "im Hinterkopf schon einkalkuliert, aber so gering und so spät wie möglich".

Tatsächlich sind die automatisch steigenden Lohnsteuereingänge, bedingt durch die heuer infolge der hohen Inflationsrate höheren nominellen Lohnsteigerungen, Androschs saftigste Einnahmequelle.



Oktober 1977: *„Es ist nicht sozial und nicht demokratisch, daß der Luxus der Reichen nicht höher besteuert werden soll."*
Februar 1978: Minister Androsch in einem Interview mit der BRD-Autozeitung Motor 2/78
Frage: *„Glauben Sie, daß die 30% Luxussteuer den PKW Absatz in ihrem Land bremsen wird?"*
Antwort: *„Das ist keine Luxussteuer, sondern eine Mehrwertsteuer. Oder sind Sie der Meinung, daß ein VW Golf oder ein kleiner Renault ein Luxusgegenstand sind?"*

Ende 1977 sprach Kreisky viel von der Notwendigkeit einer "Luxussteuer". Anfang 78 wurde daraus eine ganz ordinäre Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 30%. (Karikatur aus KLASSENKAMPF 6/78). Heute spricht der Bundeskanzler von der "Schwarzgeldsteuer" – herauskommen wird eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer.

QUELLENSTEUER

Indem er die Debatte um die Quellensteuer vom Zaun brach, begann Kreisky geschickt die Bevölkerung "schonend" auf eine neue Belastungswelle vorzubereiten. "Bankguthaben zu besteuern, von denen man vielfach gar nicht weiß, wie sie zustandegekommen sind, ist nicht tragisch", meinte er, um der Sache einen antikapitalistischen Anstrich zu geben.

Man dürfe die kleinen Sparer, die in der Geschichte der Republik schon zweimal ihre Ersparnisse verloren haben, nicht verunsichern, konterte Androsch.

Die kleinen Sparer müsse man natürlich weitgehend schonen oder überhaupt nicht in Betracht ziehen, war wiederum Kreiskys Antwort, und seine Mannen legten Konzepte vor, die die Schonung des kleinen Sparers sicherstellen sollten. Diese Konzepte bestanden darin, Sparbücher erst ab 200.000 Schilling Einlage zu besteuern, was leicht abgeschlagen werden konnte, da ja jeder Schwarzgeld anlegende Kapitalist sein Geld eben auf mehr Konten verteilen würde. Andere Vorschläge waren Rückerstattung bis zu einer bestimmten Freigrenze (7.000,- Schilling) durch das Finanzamt, oder Aufhebung der Anonymität der Sparbücher, was mit Argumenten vom gigantischen Verwaltungsaufwand bis zur drohenden Abwanderung ausländischer Kapitalanleger beantwortet wurde.

Im Fernsehen meinte Androsch, er habe vermutlich dem Kanzler die "Komplexheit des Problems" zu wenig klargemacht.

Die Quellensteuer wäre an sich nur eine andere Form der Einkommensteuer. Einnahmen aus Zinsen sind auch jetzt einkommensteuerpflichtig (ab einem Freibetrag von S 7.000,-), doch werden sie oft genug nicht angegeben. Ermöglicht wird das unter anderem durch die Anonymität des Sparbuches. Durch die Quellensteuer würden die Zinsen direkt vom Konto weg versteuert, die Steuer in der Höhe von 20 Prozent vom Zinsertrag hätten die Banken an den Staat abzuführen. Ein mit fünf Prozent verzinstes Sparbuch würde also nur einen Ertrag von 4 Prozent liefern.

Nach Schätzungen würde die Quellensteuer zusätzliche Einnahmen von vier bis fünf Milliarden Schilling bringen.

Über der Diskussion um die Quellensteuer ist aber in den Hintergrund gerückt, daß die Sparzinsen von einer anderen Seite her unter Druck kommen.

Mit 1.Juli ist das soganannte "Haben-Zins-Abkommen", mit dem die Banken einheitliche Zinsen für Einlagen vereinbart haben, gekündigt. Nun wird überlegt, auch das sogenannte "Eckzinsfuß-Abkommen", das die Zinsen für das normale Sparbuch auf 5 Prozent festlegt (der gesetzliche Zinsfuß beträgt nur 4.5 Prozent), ebenfalls zu kündigen. Laut sprechen die Banken, Sparkassen etc. davon, daß die freie Konkurrenz der Banken um die Kunden dazu führen würde, daß sie allesamt höhere Zinsen zahlen müßten. Doch eher leiser wird davon gesprochen, daß das hohe Zinsniveau volkswirtschaftlich unerwünscht sei, weil es die notwendigen Investitionen behindere, und daß mehr 'Zinsflexibilität' notwendig sei, um auf internationale Veränderungen leichter reagieren zu können. Auch Androsch spricht davon, daß ein niedrigeres Zinsniveau wünschenswert wäre. Tatsächlich sinken international die Zinsen, und eine Kündigung des Eckzinsfuß-Abkommens wird ziemlich sicher zu einer Senkung der Zinsen führen. Wenn das passiert, wird eine weitere Zinssenkung durch die Quellensteuer wohl kaum mehr zur Debatte stehen, und Androsch wird Kreisky endlich überzeugen, daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Gas und Strom sich eben doch nicht vermeiden lasse.

18 PROZENT MEHRWERTSTEUER AUF GAS UND STROM

Gas und Strom sind derzeit nur mit 8 Prozent Mehrwertsteuer belastet. Die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes auf 18 % würde also eine Verteuerung um 9,3% ausmachen. Kostet die Kilowattstunde Strom jetzt S 1,03 so würde sie dann S 1,12 kosten. Das kostet also wieder jede Familie einige Hunderter im Jahr. Interessanterweise würde Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Gas und Strom so ziemlich das Gleiche bringen wie die Quellensteuer, nämlich runde fünf Milliarden.

Es ist doch wahrhaftig erstaunlich, daß Kreisky vom Standpunkt des Kampfs gegen die Steuerflucht der Reichen und Androsch vom Standpunkt des Kampfs gegen die verantwortungslose Energieverschwendung völlig unabhängig voneinander jeder auf eine Steuer kommen, die ausgerechnet 5 Milliarden bringt.

Besonders schädlich ist, daß sich die Gewerkschaften die Alternative Quellensteuer oder Mehrwertsteuererhöhung aufzwingen lassen. Dallinger etwa nimmt gegen die Mehrwertsteuererhöhung auf Strom und Gas Stellung – daran dürfe erst gedacht werden, "wenn alle anderen Möglichkeiten zur Budgetsanierung ausgeschöpft sind" – und engagiert sich gleichzeitig für die Quellensteuer, nachdem er als Vorsitzender der Steuerkommission soeben eine Steuersenkung – für 1982 – um 12 Milliarden gefordert hat. Indem er sich auf die Diskussion einläßt, stimmt er der Steuererhöhung bereits zu. Auch die Sozialistische Jugend hat sich sofort für die Quellensteuer engagiert.

Die Arbeiterklasse sollte sich eine solche Alternative nicht aufzwingen lassen. Die Budgetsanierung geschieht nicht im Interesse, sondern gegen die Interessen der Arbeiter, auch wenn Androsch als oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik die Vollbeschäftigung im Mund führt. Alle Maßnahmen, die mit dem sanierten Budget durchgeführt werden sollen, sind Maßnahmen gegen die Arbeiter. Eine der neueren Forderungen der Unternehmer an den Staat etwa ist die Umstellung der Investitionsförderung auf die "Innovationsförderung". Bewußter als bisher sollen also Rationalisierungsinvestitionen gefördert werden, soll der "Trend weg von arbeitsintensiven und hin zu know-how-intensiven Produktionen", also zu Produktionen, die besonders wenig Arbeiter erfordern, gefördert werden. Schon jetzt kostet die direkte Kapitalistenförderung 9 Milliarden und die indirekte (durch Steuergeschenke) 16 Milliarden. Daran soll natürlich nicht gespart werden. Ganz im Gegenteil. Alles weist darauf hin, daß sich die Kapitalisten von den Arbeitern eine neuerliche Exportoffensive finanzieren lassen zu wollen. Androsch und Kreisky haben ihre Strategie bei der wirtschaftspolitischen Debatte im Nationalrat dargelegt. Androsch hat das Ziel gesetzt, daß Österreich wieder mehr Industriewaren ausführen als einführen muß. Das kann natürlich nur durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiter erreicht werden. Ist es nicht im Interesse der Arbeiter, wenn Androsch eine Verstärkung der Güterproduktion fordert? Nun, auch 1979 waren die Exporterfolge der österreichischen Kapitalisten nicht schlecht. Ihre Exporte haben stärker zugenommen als die der meisten westlichen Industrieländer, wenn auch die Importe noch stärker zugenommen haben. Was haben die Arbeiter davon gehabt? 1979 war ein Jahr des generellen Reallohnabbaus. Nach der jüngst erschienenen Lohnstufenstatistik der Sozialversicherungen stiegen von Jänner 79 auf Jänner 80 die durchschnittlichen Nettolöhne der männlichen Arbeiter um 4,9 Prozent, der männlichen Angestellten um 4,3 Prozent, und der weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen um 4,2 Prozent. Die Preise waren im Jänner 80 um 5 Prozent höher als im Jänner 79. Die Brutto-Gewinnspannen der Kapitalisten sind im selben Jahr um 9,8 Prozent gestiegen.

An der Budgetsanierung kann die Arbeiterklasse kein Interesse haben. Sehr wohl hat sie ein Interesse daran, daß die Arbeitslosen- und Pensionsversicherungen über die sich der Staat die Verfügungsgewalt angeeignet hat, durch Beitragserhöhungen für die Kapitalisten saniert werden. Ansonsten heißt es in den Betrieben und in der Gewerkschaft dafür eintreten, daß jede Steuererhöhung bekämpft wird und daß für 1981 eine Steuersenkung durchgesetzt wird, durch die der durchschnittliche Arbeiterlohn zu einem Viertel von der Steuer befreit wird. (ma)

Gewerkschaftstag Textil, Bekleidung, Leder

Am 16. und 17. Juni fand der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder in der Kurhalle in Wien, Oberlaa statt. Unter den Anträgen fand sich unter anderem die Forderung nach Abfertigung auch für Heimarbeiter und bei Selbstkündigung von Arbeitern. Zahlreiche Anträge betrafen Erleichterungen für Schwer-, Schicht-, und Akkordarbeiter.

Ein Antrag, der die Einheit mehrerer Maßnahmen wie Arbeitszeitverkürzung, mehr Urlaub und Herabsetzung des Pensionsalters forderte, wurde angenommen.

Ebenfalls angenommen wurde die Resolution des Präsidiums, in der zur Kollektivvertragspolitik ein einheitlicher Vertrag für die ganze Branche und die Beseitigung der großen Lohndifferenzen gefordert wird. Auch die Einführung bezahlter Pausen wird verlangt.

An erster Stelle stehen allerdings in dem Antrag Forderungen an den Staat nach "strukturpolitischen Maßnahmen zu Sicherung der Arbeitsplätze".

Für sehr schädlich muß man wohl einen Antrag halten, der sich dem Anschein nach gegen die Akkordarbeit richtet. Die Forderung soll dazu dienen, älteren Arbeitern, die den Akkord nicht mehr schaffen, dennoch den Verdienst abzusichern. Gefordert wird, daß Arbeitnehmer, die zehn Jahre im Leistungslohn beschäftigt waren und das 50. Lebensjahr überschritten haben, verdienstmäßig abgesichert werden, das heißt, daß sie ihren bisherigen Durchschnittslohn weiter bekommen sollen.

Mit solchen Forderungen wird in Wirklichkeit das Akkordsystem abgesegnet, das dazu führt, daß man nach zehn Jahren nicht mehr mitkann.



Diese Art des "Soziallohns", den es ja in manchen Betrieben und Branchen in verschiedenen Formen schon gibt – auch z.B. für ältere Arbeiter, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr schichtarbeiten können – ist nur geeignet, die zerstörerischen Folgen von Akkord- und Schichtarbeit zu vertuschen, aber nicht, den Kampf *gegen* Akkord- und Schichtarbeit weiterzubringen.

In seinem Einleitungsreferat sprach Gewerkschaftsvorsitzender Stefan Steinle davon, daß die Arbeitnehmer den Preis für die Modernisierung der Betriebe gezahlt haben. Obwohl in den letzten Jahren im Bereich Textil, Bekleidung und Leder wegrationalisiert worden sind, konnte dennoch ein überdurchschnittlicher Produktionszuwachs festgestellt werden. Weil die Arbeiter den Preis für die Modernisierung gezahlt hätten, hätten sie nun "das Recht, durch mehr Mitbestimmung die Zukunft mitzugestalten".

Die Mitbestimmung sieht so aus, daß der Kollege Steinle in dem Beirat beim Handelsministerium sitzt, der Fördermittel für das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen vergibt.

5 FRAGEN AN JEDEN BETRIEBSRAT

Am Montag, den 16. Juni, hat der Zentralvorstand der Metallarbeitergewerkschaft ge- und sich gleich wieder vertagt. Am 1. 9., in der nächsten Sitzung, soll erst das Verhandlungskomitee für die Kollektivvertragsrunde gewählt und über die Forderungen gesprochen werden. Also werden die Verhandlungen nicht im Juli, sondern erst im September stattfinden. Sicher wird die Gewerkschaftsführung vorher auch nichts über die Forderungen verlauten lassen, wie sie sich ja auch bisher bezüglich der Lohnpolitik in Schweigen gehüllt hat. Und wann soll der neue KV in Kraft treten? Sepp Wille "könnte sich den 1.Oktober vorstellen".

Verhandlungen im September bedeuten, daß der Vertrag einen Monat später in Kraft tritt. Und das bei ständig anwachsender Inflation. Andererseits hat das den Vorteil, daß die Verhandlungen nicht ausgerechnet mitten in die Urlaubszeit fallen und dadurch die Masse der Gewerkschaftsbasis noch mehr ausgebootet wird, als das ohnedies der Fall ist. Es kommt nämlich zwar auf den Termin, noch viel mehr aber auf den Inhalt der Forderung und auf das materielle Ergebnis an. Wenn also schon Verzögerung, dann heißt das, erstens die Zeit für umso bessere Vorbereitung zu nutzen, zweitens von den Forderungen umso weniger Abstriche zu machen.

Wenn sich die Gewerkschaftsführung auch vertagt hat, so können die Arbeiter, wollen sie Druck hinter ihre Interessen setzen, die Erörterung und Vorbereitung der KV-Runde nicht vertagen. Wenn es am 1. September losgeht, hängt alles davon ab, was bereits vorher erörtert und geklärt worden ist. Und dafür muß gerade die Zeit bis zu den Sommerurlauben genutzt werden. Vorbereiten - das heißt, sich die Lage klar machen und sich über die Forderungen verständigen.

Wichtig ist, daß nicht auch die Betriebsräte sich in Schweigen hüllen und bis Herbst vertagen. Unserer Auffassung nach muß sich jeder Arbeiter und jeder Angestellte, insbesondere alle Betriebsräte und Vertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre folgende Fragen vorlegen:

5 FRAGEN FÜR JEDEN ARBEITER UND JEDEN BETRIEBSRAT

* Was soll das Ziel der kommenden Lohnrunden sein? Unserer Auffassung nach kann es unter den gegebenen Umständen nur die Sicherung des Reallohns sein. Das ist kein "Traumziel", sondern das Minimum dessen, was die Gewerkschaft erreichen müßte, um der laufenden Verschlechterung Schranken zu ziehen.

* Ist das das Ziel, welche konkrete Forderung müßte dann erhoben werden? Zu beachten ist dabei, daß die Inflationsrate soeben 6,4% erreicht hat, weiter ansteigen wird und daß ferner ein neuer Lohnabzug von 0,5% (Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung) Anfang 1981 geplant ist. So würde jede Bruttolohnerhöhung unter 9% nicht einmal die bisherige Inflationsentwertung der Löhne abgelten. Ist 9% also die richtige Forderung?



Metallarbeiter: Weg mit den versteckten Frauen- und Jugendlohngruppen!

* Ist es richtig, daß - abgesehen von der Sicherung des Reallohns - das Nachziehen der unteren Lohnklassen und überhaupt eine Verbesserung der Lohnstruktur weiterer Gesichtspunkt der Lohn politik sein muß? Unserer Auffassung nach entspricht dem die Forderung nach einem Mindestbetrag von 900,- Schilling Ist ein Mindestbetrag, zusätzlich zur Prozentforderung, und zwar in entsprechender Höhe, notwendig? Sepp Wille hat bei der Zentralvorstandssitzung erklärt, daß alles andere außer einer Prozentforderung "unserem Lohnsystem nicht entspricht". Ist es nicht vielmehr so, daß das bloß dem Bestreben der Kapitalisten nach möglichster Aufspreizung und Zerspaltung "nicht entspricht"? Kann von der vielzitierten "solidarischen Lohnpolitik" die Rede sein, wenn nicht die Lohngruppen 6, 7 und 8 abgeschafft werden?

* Soll bei der kommenden Lohnrunde mit der Forderung des Metallarbeitergewerkschaftstags ernstgemacht werden, den Urlaubsanspruch für Schwerarbeiter (Akkord-, Schicht, SEG-Zulagenempfänger) um 1 Woche, für Schwerstarbeiter um 2 Wochen zu erhöhen? Können es sich die Arbeiter leisten, daß die Gewerkschaftsführung die Forderung zwar erhebt, aber sie womöglich beim ersten Druck der Kapitalisten gleich wieder fallen läßt?

* Es gibt riesige Überzahlungen, oder anders ausgedrückt: Die KV-Mindestlöhne um das Doppelte (also 18%) der Ist-Löhne zu erhöhen und damit einen ersten Schritt zu tun, sie nachzuziehen.

WAS KOSTET DIE FORDERUNG DIE KAPITALISTEN?

Die Verwirklichung dieser Forderungen würde die Kapitalisten natürlich einiges kosten und ihre Profite schmälern. Die Lohnforderung von 9%, mindestens 900,- würde ihnen Zusatzkosten in Höhe von 3,3% der Bruttoinvestitionen verursachen. Das ist viel, aber doch beschränkt. Es gibt also auch von dieser Seite her gar keinen Grund, auf das Weltuntergangsgeschrei der Kapitalisten etwas zu geben. Die Forderung ist durchaus vertretbar, würde keineswegs zum sofortigen Untergang des "Unternehmertums" führen, würde allerdings die Lage der Arbeiterklasse stark verbessern.

Und das ist auch deshalb wichtig, weil sich die Arbeiterklasse auf Dauer sowieso nicht mit der Abwehr der ständigen Angriffe des Kapitals begnügen kann, sondern sich auf den "Untergang" der Kapitalisten orientieren muß. Allerdings ist das nicht durch eine Lohnforderung möglich, sondern nur durch den Sturz ihrer politischen Macht durch die vereinigte und organisierte Arbeiterklasse. Je mehr an Verbesserung der materiellen Lage erreicht wird, je mehr den Kapitalisten abgetrotzt wird, desto stärker ist die Arbeiterklasse, für den täglichen Kampf und für den Kampf um den Sozialismus. (wl)

36-STUNDENWOCHE: DURCHSETZUNG NICHT GEPLANT

Am 1. Juli ist genau ein Jahr seit dem letzten Lohnabschluß der Mineralölarbeiter vergangen. Bis jetzt hat sich die Paritätische Kommission mit dem Antrag der Mineralölarbeiter auf Freigabe der Verhandlungen noch gar nicht befaßt. Im letzten Kollektivvertrag war keine Laufzeit vereinbart.

Wie berichtet, fordern die Mineralölarbeiter die Erhöhung der Kollektivvertragslöhne um 9 Prozent, die Erhöhung der Ist-Löhne um 8 Prozent und die Erhöhung verschiedener Zulagen um den Prozentsatz der KV-Erhöhung. Als bisher einzige Gewerkschaftsuntergruppe haben sie in dieser Lohnrunde die Forderung nach der Verkürzung der Arbeitszeit auf 36 Stunden für Arbeiter im vollkontinuierlichen Schichtbetrieb aufgestellt.

Fachgruppen-Sekretär Weber findet das uneinheitliche Vorgehen der Chemiearbeitergewerkschaft zwar bedauerlich, doch nimmt er es nicht allzu tragisch. Schließlich gehe es bei den diesjährigen Lohnverhandlungen nicht darum, diese Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, sondern die Sache erst einmal ins Rollen zu bringen.

Das Tempo, das die Chemiearbeitergewerkschaft in der Frage der Schichtarbeit einschlägt, ist wahrhaft beschaulich. Schon 1973 hat der Gewerkschaftstag beschlossen, "etwas für die Schichtarbeiter zu tun". Seither hat es eine Reihe von Entschließungen gegeben. Auf gesetzlicher, kollektivvertraglicher und betrieblicher Ebene sollten Maßnahmen zur Verbeserung der Lage der Schichtarbeiter durchgesetzt werden. Die Forderung nach Herabsetzung des Pensionsalters findet sich schon lange im Programm der Chemiearbeitergewerkschaft. Allerdings eingeschränkt auf Arbeiter, die mehr als zehn Jahre im kontinuierlichen Schichtbetrieb stehen. Ihnen soll für jedes volle Schichtjahr zwei Monate zusätzliche Versicherungszeit angerechnet werden.

Auch die Forderung nach Urlaubsverlängerung - eine Woche zusätzlicher Urlaub nach drei Jahren Schicht - findet sich seit langem im Programm der Chemiearbeitergewerkschaft.

Der Beschluß des Zentralvorstands, in dieser Lohnrunde die Arbeitszeitverkürzung für die vollkontinuierliche Schicht zu fordern, gilt zwar für alle Fachgruppen, doch sind bei der Erstellung der Forderungen für die konkreten Verhandlungen die Fachgruppen autonom.

Treibende Kraft in der Chemiearbeitergewerkschaft für die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, nach Sekretär Weber "die einzigen, die sich ernstlich mit der Frage beschäftigt haben", sind die Mineralölarbeiter.

Das hängt auch damit zusammen, daß die Urlaubsforderung, die vom ÖGB in den Mittelpunkt gestellt wird, den Mineralölarbeitern weniger dringlich erscheint, weil sie jetzt schon auf dem Gebiet des Urlaubs besser gestellt sind als der Durchschnitt. Sie haben schon lange durchgesetzt, daß der Urlaub bei ihnen nach Arbeitstagen und nicht nach Werktagen gerechnet wird.

Kompliziert wird die Sache dadurch, daß in den Erdölbetrieben auch Metallarbeiter beschäftigt sind, und die Metallarbeiter-Gewerkschaft für sie die Woche Zusatzurlaub für Schwerarbeiter fordert.

meint, daß die Durchsetzung der Forderung "noch lang auf sich warten lassen" wird. Es könne sowieso niemand über Nacht eine fünfte Schicht einführen, schließlich müßten ja Leute aufgenommen und eingeschult werden, ein vernünftiger Schichtplan erstellt werden usw.

"Irgendwo und irgendwann muß man eben mit irgendetwas beginnen", meint er. Man habe nicht zuletzt auch deswegen bei der Mineralölindustrie als ertes diese Forderung aufgestellt, weil die eine Arbeitszeitverkürzung um - umgerechnet - fünf Wochen pro Jahr am ehesten verkraften könne.

Die Glasindustrie, die im Verhältnis zum Kapital viel mehr Arbeiter beschäftige, könne sich das derzeit sowieso nicht leisten.

Auf die Frage des KLASSENKAMPF, ob er für heuer wenigstens einen Teilerfolg auf diesem Gebiet erwarte, bzw., wann er denn überhaupt meine, daß die Forderung im Ernst durchgesetzt werden würde, meinte er nur, daß er nicht hellsehen könne.

Zieht man in Betracht, daß die ersten Beschlüsse, "etwas für die Schichtarbeiter zu machen", schon sieben Jahre zurückliegen, kann man sich vorstellen, in welchen geschichtlichen Zeiträumen die SP-Gewerkschaftsführer denken.

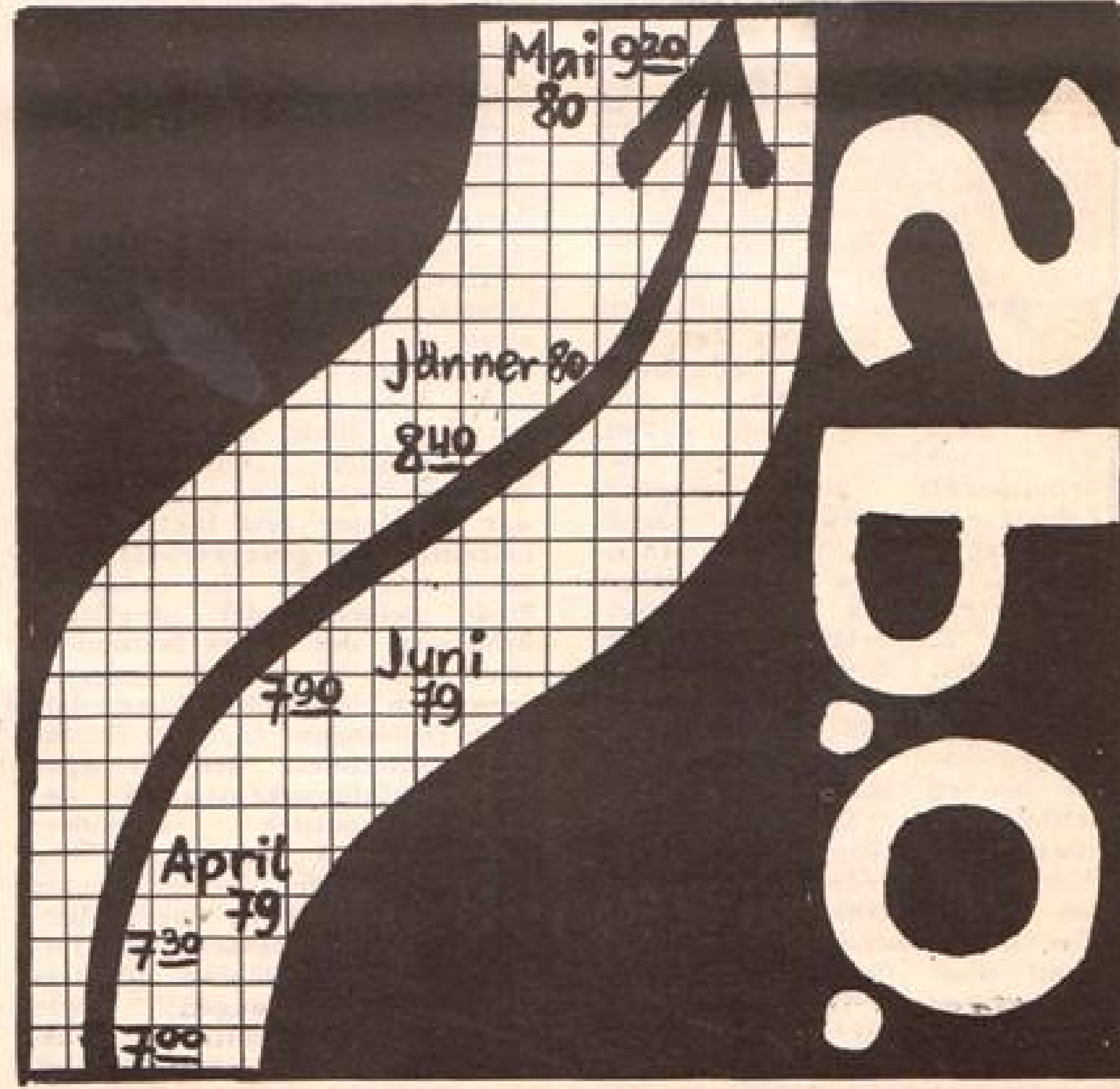
Einen eigenartigen Standpunkt vertritt der Fachgruppensekretär auch in der Lohnfrage. Den Index der Verbraucherpreise könne man nicht für alle Löhne als Maßstab der Teuerung anlegen, da er ja für ein Durchschnittseinkommen von 10.100,- Schilling berechnet werde. Ein Erdölarbeiter der Lohngruppe 8 käme aber mit allen Schicht-, Sonntags- und Dienstalterszuschlägen auf bis zu 21.000,- Schilling brutto im Monat, und bekanntlich sei ja für höhere Einkommen die Teuerung niedriger.

Daß die vielen Zuschläge (ja nur den besonderen Verschleiß der Arbeitskraft durch Schicht- und Sonntagsarbeit etc. abgelten sollen, vergißt er ebenso, wie daß der Index die Teuerung sowieso nur in abgeschwächter und beschönigter Form wiedergibt.

Sein schlagendstes Argument kommt aber erst: "Wir müssen ja auch noch den Betriebsräten im Betrieb einen Spielraum lassen für Innerbetriebliche. Wir sind nicht so eine Gewerkschaft, die ihre Betriebsräte alleinläßt, daß dann die Schwarzen und die KPÖler kommen können und sagen, der Betriebsrat tut nix!".

"Die Betriebsräte im Betrieb nicht allein lassen " heißt also bei ihm, die Arbeiter allein lassen, die immer weitergehende Zersplitterung der Arbeiter, die Vergrößerung der Lohnunterschiede zuzulassen, damit die SP-Betriebsratsobmänner Spielraum haben, um Vorsorge für ihre Wiederwahl zu treffen.(ma)

Ein Österreichischer Weg



Vor den Wahlen im Mai 1979, als die SPÖ ihr neues Emblem vorstellte, wurde so mancher Witz darüber gerissen, daß es entfernt an eine Teuerungskurve erinnere. Das war noch ein Grund zum Lachen. Kein Grund zum Lachen waren aber die vier Preiserhöhungen beim Benzin, die es innerhalb von 13 Monaten gegeben hat, und die den Preis um insgesamt 31 Prozent angehoben haben.

Wie verwundert war unser Zeichner, als er daranging, diese Teuerungswelle beim Superbenzin graphisch darzustellen. Die Kurve, die dabei herauskam, hat nämlich eine frappierende Ähnlichkeit mit dem Symbol des "Österreichischen Wegs".

Wieder Streiks in SU

Nach Streikaktionen in den sowjetischen Automobilwerken To gliatti und Gorki Anfang Mai haben vor zwei Wochen auch die Arbeiter des LKW-Werkes an der Kama mit Streiks gegen die schlechte Versorgung mit Fleisch und Milchprodukten protestiert.

Das 900 km östlich von Moskau an der Wolga gelegene LKW-Werk hat 1976 mit 40.000 LKW die Produktion aufgenommen, heute produzieren die über 10.000 Arbeiter 150.000. Die zu 80% aus den westlichen imperialistischen Staaten eingeführten Maschinen und Anlagen sind auf dem modernsten technologischen Stand; der hohe Automatisierungsgrad bedeutet für die Arbeiter intensivste Vernutzung der Arbeitskraft in Schicht, Akkord und bei Nacht wie auch die Entwertung ihrer fachlichen Qualifikation. Die Deckung des mit der Ausbeutung gestiegenen Eiweißbedarfs hängt zu 80% von der Qualität der Kantinenversorgung ab.

ARGUMENTE

ÖGB-Lohnpolitik:

BILANZ NEGATIV

ÖGB-Präsident Benya hat es sich nicht nehmen lassen, trotz inzwischen 6,4 % Inflationsrate noch einmal in der "Arbeiter-zeitung" der SPÖ seine Phrase vom möglichen Reallohnzuwachs herunterzuleiern.

Allerdings ist diese "Möglichkeit" zuerst von 3 % auf 1-2 Prozent und jetzt überhaupt auf 1 % zusammengeschrumpft. Andrerseits sieht jeder Mensch, der Augen im Kopf hat, daß kaum einer der letzten KV-Abschlüsse mehr als 5,9 % betrug, und zwar brutto, während die Inflationsrate inzwischen auf 6,4 % gestiegen ist. Auch hat der Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger soeben seine neue Lohnstufenstatistik veröffentlicht. Aus ihr geht hervor, daß die Löhne und Gehälter im Jänner im Schnitt um - netto - 4,2 % bis 4,9 % (es gibt da Unterschiede zwischen Frauen und Männern) über denen vom Jänner 1979 lagen. Die Inflationsrate vom Jänner war demgegenüber 5 %. Kurz und gut: Reallohnabbau auf der ganzen Linie findet laufend statt, die gewerkschaftliche Lohnpolitik ist ungeeignet und unfähig, dem etwas Ausreichendes entgegenzusetzen.

Benya erklärt offenbar in erster Linie Sicherung des Reallohnes gegenüber der Inflation, in zweiter Linie sogar Erhöhung des Reallohnes zum Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. Tun wir zunächst einmal dasselbe, und zwar am Beispiel der Metallarbeiter, legen wir diesen Maßstab an. Seit 1966 sind dort die Löhne in den gewerkschaftlichen Lohnrunden (also mittels der Ist-Löhne) (also mittels der Ist-Lohnabschlüsse) auf 208,7 % gestiegen. Das sind 5,8 % pro Jahr im Schnitt. In derselben Zeit sind allerdings die Lohnsteuerabzüge auf 718,5 % gestiegen (das ist um jährlich 17,9 %) und die Sozialversicherungsbeiträge auf 439,9 % (das ist um jährlich 13,1 %). Daraus folgt, daß die Netto-Lohnerhöhungen nur 4,9 % pro Jahr betrugen und die Ist-Lohn-Abschlüsse somit netto einen Anstieg auf 186,4 Prozent gegenüber 1966 ergeben. Die Verbraucherpreise sind demgegenüber in demselben Zeitraum auf 198,7 % (pro Jahr um 5,4 %) gestiegen. Stellt man das gegenüber, ergibt sich, daß die Lohnentwicklung um 12,3 Prozentpunkte hinter der Inflation zurückgeblieben ist. Dieser Maßstab, an die gewerkschaftliche Lohnpolitik angelegt ergibt somit eine traurige Bilanz. Es zeigt sich, daß die gewerkschaftliche Lohnpolitik nicht einmal geeignet war, das bereits erreichte allgemeine Lohnniveau zu sichern - also noch ganz abgesehen davon, daß erhöhter Verschleiß der Arbeitskraft auch erhöhtes Lohnniveau notwendig macht. Es nützt nichts, dagegen einzuwenden, daß es ja zusätzlich innerbetriebliche und individuelle Lohnerhöhungen gibt. Es stimmt, daß es sie gibt, und oft genug schon haben irgendwelche ÖGB-Führer darauf hingewiesen, daß man sich ja im Betrieb zusätzlich zu dem schlechten Branchenabschluß etwas holen könnte. Damit wurden immer wieder die schlechten KV-Abschlüsse gerechtfertigt und beschönigt. Aber wer kann das? Das können immer nur bestimmte Teile der Arbeiterklasse, meist noch eher besser qualifizierte, auch immer nur in einigen Branchen. Das hängt von den Konkurrenzbedingungen auf dem "Arbeitsmarkt" ab. So eine Argumentation, die die Kollektivvertragspolitik der Gewerkschaften aus ihrer Aufgabe entläßt, wenigstens das erreichte allgemeine Lohnniveau zu verteidigen, und statt dessen auf betriebliche und individuelle Kompensationen setzt, bedeutet, der Zersplitterung der Lohnbewegung und der Arbeiterbewegung das Wort zu reden: Die Stärkeren holen sich was, die Schwächeren bleiben noch weiter zurück. Solche Lohnerhöhungen gehen dann immer auf Kosten der Einheit. Letztlich werden die Kampfbedingungen aller, auch der Stärkeren, dadurch unterminiert. Man braucht sich bloß überlegen: Wieviele werden zu den kollektivvertraglichen Mindestlohnsätzen bezahlt ? Und drückt das nicht auf das Lohnniveau der ganzen Branche ? Liegen nicht auch die Facharbeiterlöhne, z.B.: in der Bekleidungsindustrie, aber auch in der Elektroindustrie, gerade deshalb niedriger als im Durchschnitt der Metallbranche, weil dort eine Masse von un- und angelernten Arbeitern und Arbeiterinnen auf das Lohnniveau der Branche insgesamt drückt? Das zeigt deutlich: Keinesfalls kann man die kollektivvertraglichen Ist-Lohnerhöhungen und betriebliche und individuelle Lohnerhöhungen einfach zusammenzählen, wie man auch Äpfel und Birnen nicht einfach zusammenzählen kann. Das eine sichert für alle das allgemeine Lohnniveau, das andere zersplittert die Lohnbewegung. Nur die Kapitalisten können daran interessiert sein, daß es Überzahlungen bis zu 90 % (wie in der Metallbranche) gibt, daß die Lohnstruktur möglichst aufgespreizt und aufgespalten wird daß möglichst wenig kollektiv erreicht und dafür möglichst viel individuell erhofft wird. Aber rechnen wir trotzdem beides einmal zusammen. Nehmen wir zuerst die Bilanz der Entwicklung der Stundenlöhne seit 1966, wie sie in der Lohnerhebung der Bundeswirtschaftskammer ausgewiesen werden. Es ergibt sich (wieder in der Metallindustrie) ein Anstieg auf 332,7 % brutto bzw. 297,2 % netto. Also eine Steigerung, die um etwa 98 Prozentpunkte über der Inflationsrate liegt. Jährlich wären danach im Schnitt 1966 - 1979 die Löhne um 3,3, % mehr gestiegen als der Verbraucherpreisindex. Es ist nun aber bekannt, daß die tatsächlichen Reallohnsteigerungen hauptsächlich in die 60er und beginnenden 70er Jahre fallen.

1976 gab es kaum mehr welche, 1978 gab es bereits Reallohnabbau, 1979 auch und 1980 bringt diesbezüglich neue Rekorde nach unten. Das gilt schon für die Durchschnittslöhne, um wieviel mehr also für die 70 % der Metallarbeiter, die unter dem Durchschnittslohn liegen. Das offenkundig zunehmende Zurückbleiben der gewerkschaftlichen Lohnabschlüsse führte also vor allem zu zunehmender Aufsplitterung der Lohnstruktur innerhalb, aber ebenso zwischen den Branchen. Nicht die Solidarität der Arbeiter untereinander, sondern "Rette sich, wer kann" war in dieser Zeit faktisch das Leitmotiv der gewerkschaftlichen Lohnpolitik. In der riesigen Kluft zwischen der jährlichen Erhöhung der Effektivstundenlöhne (8.7 %) und der gewerkschaftlich abgeschlossenen Ist-Lohnerhöhungen (4,9 %) kommt in Wirklichkeit das Versagen der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik besonders deutlich zum Ausdruck. Und es ist ziemlich verfehlt, auf die immer größeren Überzahlungen - Produkt dessen, daß Teile der Arbeiterklasse günstige Konkurrenzbedingungen beim Verkauf der Arbeitskraft ausnutzen, um die schlechte gewerkschaftliche Lohnpolitik zu kompensieren - auch noch stolz hinzuweisen und sich als Gewerkschaft mit den ausschließlich darauf aufbauenden Federn von Reallohnsteigerungen zu schmücken.

Nimmt man als nächstes die Entwicklung der Akkordlöhne, fällt sofort auf, daß sie kaum mehr als die Stundenlöhne gestiegen sind. Lediglich auf 341,2 (Stundenlöhne: 332,5 %) brutto oder auf 304,8 % (Stundenlöhne: 297,2 %) netto. Das beweist, daß die Akkordarbeit ein Mittel der Kapitalisten ist, zur immer mehr verschärften Antreiberei der Arbeiter, aber deshalb - obwohl sie individuell immer wieder den Anschein erweckt - nicht zu höheren Löhnen führt. Es beweist aber umgekehrt auch, daß die Arbeitsintensität der Stundenlöhne ebenfalls beträchtlich gestiegen sein muß, sonst wären so geringfügige Unterschiede nicht möglich. Damit kommen wir aber auch schon zum springenden Punkt der Lohnfrage. Der Lohn ist der Preis, den der Arbeiter vom Kapitalisten für den Verkauf seiner Arbeitskraft erhält.

Ständig versuchen die Kapitalisten, diesen Preis unter den Wert der Arbeitskraft hinunterzudrücken, d.h. unter die notwendigen Kosten für die Reproduktion der im Produktionsprozeß abgenutzten Arbeitskraft. Mit steigender Intensität der Arbeit, aber auch mit der Verlängerung des Arbeitstages durch Überstunden, erst recht durch die Schichtarbeit wachsen diese Reproduktionskosten beträchtlich. Sie haben sich seit 1966 gewaltig erhöht. Demgegenüber nützt es selbst wenig, wenn die Reallöhne stiegen. Sie bleiben trotzdem hinter dem Steigen der Reproduktionskosten zurück. Und gerade weil sie zurückbleiben, wird der Arbeiter erst recht zu Überstunden, Schichtarbeit etc. getrieben. Ein Teufelskreis kommt in Gang: Die zu niedrigen Löhne zwingen zu Überarbeit, diese führt zu Steigen der Reproduktionskosten, auch die Löhne können sie zeitweilig erhöhen, dennoch aber bleiben sie - mögen sie auch steigen - noch weiter hinter dem Notwendigen zurück. Steigende Löhne können also diesen Prozeß durchaus begleiten, sie zeigen dann aber nur, daß die steigenden Reproduktionskosten zumindest in einem gewissen Maß abgegolten werden müssen.

(Genauso wie ja z.B. auch die Schichtzulagen beweisen, daß durch die Schichtarbeit die Reproduktionskosten steigen, freilich viel mehr, als durch diese Zulagen abgegolten wird). Und da treten die Bourgeoisideologen, insbesondere die Sozialdemokraten auf den Plan, nehmen sich die gestiegenen Löhne her, Überstunden, Überstundenzuschläge, Schichtzulagen, "Leistungsprämien" usw. natürlich mit eingeschlossen, und reklamieren sie als ihr Verdienst. Hinter den gestiegenen Löhnen aber steckt dann in Wirklichkeit die zunehmende Untergrabung der Reproduktion der Arbeitskraft, wie man es z.B. leicht an der Unfallstatistik, an der Entwicklung des Gesundheitszustandes, an der Entwicklung der Frühinvalidität ablesen kann. Jeder Schilling aus Akkordlohn, Überstunden sowie Schichtarbeit bedeutet dann in Wirklichkeit noch weiteres Zurückbleiben des Lohns hinter der Entwicklung der Reproduktionskosten.

An die gewerkschaftliche Lohnpolitik die Forderung zu richten daß sie wenigstens das erreichte allgemeine Lohnniveau durch die KV-Politik gegenüber der Entwertung durch die Inflation sichern soll, wäre - so dringlich zumindest einmal das ist und so sehr es bei den bevorstehenden Lohnrunden gefordert werden muß als nächster Schritt - daher auf Dauer zu wenig. Die Lohnpolitik der Gewerkschaft muß sich auf die Verteidigung des Werts der Arbeitskraft richten. (wl)

Semperit:
NEUE REIFEN - NEUER AKKORD

Die Akkordsätze an den Bombiermaschinen werden aller Voraussicht nach noch vor Mitte Juni gewaltig erhöht: Bei den Reifentypen 185, 175, 165 SR 14/13 von 300 auf 321 Stück pro Schicht bei den Typen 155, 145, 135 SR 13 von 300 auf 369 Stück pro Schicht. Begründet werden diese Steigerungen von 7% bzw. 23% damit, daß die Produktion des neuen Reifens M 501 noch nicht richtig angelaufen sei, alles bisher nur provisorische Regelungen gewesen wären und jetzt von richtigen Akkordsätzen gesprochen werden kann. Ein Argument, daß alle Erhöhungen der letzten Monate auch schon begründet hat. Die Bombierer sind eine kleine Abteilung mit ca. 50 Arbeitern. Aber es geht auch nicht nur um sie!

Bei den Wicklern wird auch schon seit einigen Wochen in den Frühschichten neu gestoppt und die "handfesten Gerüchte" über ebenso saftige Akkorderhöhungen mehren sich rasch. Die Steigerung der Ausbeutung durch Verstärkung der Arbeitshetze ist der zweite Hebel neben dem Lohnraub, den die Firmenleitung ergreift um die Profite bei der Semperit wieder zu sanieren.

Die Erhöhungen jetzt bedeuten, daß man praktisch keine Pausen mehr machen kann, daß man voll acht Stunden durcharbeiten muß! Von der "Arbeitswirtschaft" (das ist die Abteilung, die die Stoppungen und Akkordberechnungen durchführt) wird auch immer wieder das Argument angeführt, daß die Arbeiter in der Nachtschicht in 6 bis 6,5 Stunden ihren Akkord schaffen und sich dann niederlegen oder zusammensetzen. Die Arbeiter machen das aber nur, weil sie um vier Uhr früh so erschöpft sind, daß sie nicht mehr arbeiten können. Weil sie den Akkord aber auf jeden Fall schaffen müssen, müssen sie schaun, daß sie um vier Uhr ungefähr fertig sind. Acht Stunden dieses Tempo würde keiner durchhalten. Die ganze Angelegenheit ist nur der Beweis dafür, daß die Nachtarbeitszeit radikal eingeschränkt werden muß. Von der Firmenleitung wird das natürlich nur so ausgelegt, daß eigentlich in jede Schicht 1 1/2 Stundenleistungen hineingehen müßten!

Zugleich werden im Zusammenhang mit den Akkorderhöhungen wieder Drohungen verbreitet, die die Arbeiter einschüchtern sollen: Den österreichischen Arbeitern wurde nahegebracht, daß ihr Arbeitsplatz ohne Schwierigkeiten durch einen Ausländer ersetzt werden könne, der den neuen Akkord "gerne" arbeitet. Den ausländischen Arbeitern wurde gesagt, daß sie ihre Arbeitsbewilligung und Aufenthaltsgenehmigung leicht verlieren könnten, wenn sie den Akkord nicht arbeiten wollen. Spaltung in in- und ausländischen Arbeiter zum Zweck, alle danin zu bringen, sich der Steigerung der Ausbeutung zu unterwerfen. Dennoch haben die Arbeiter der Abteilung den neuen Akkord geschlossen abgelehnt.

Der Betriebsrat, der in der Abteilung arbeitet, hat mit den Kollegen gemeinsam gegen jede Erhöhung Stellung genommen. Der Betriebsrat als Gremium allerdings hat sie nicht unterstützt, sondern sich bisher herausgehalten, obwohl eine erfolgreiche Ablehnung in dieser Ateilung auch für die anderen, denen in Kürze allenfalls saftige Akkorderhöhungen drohen, nur günstige Auswirkungen hätte. Die Kollegen und der Betriebsrat an den Betriebsmaschinen sollen überhaupt die anderen Abteilungen informieren und für ihre Forderung gewinnen. So ist es auch möglich, den Betriebsrat als Gremium am ehesten zur Ablehnung zu bringen.



Semperit-Lehrlinge: Nach drei Jahren schrankenloser Ausbeutung, zum Abschluß ein Diplom - von Generaldirektor Leibenfrost

Leserbrief:
Gemeindebautheater

Anläßlich der Festwochen schminkte sich die Gemeinde Wien mit einem "Gemeindebautheater" auf fortschrittlich. Von Mai bis Ende Juni lief auf freien Plätzen in den Außenbezirken, in Berufsschulen und in Volkshochschulen Dario Fo's Stück "Bezahlt wird nicht".

Das Stück spielt in einer italienischen Kleinstadt, in der es wieder zu erheblichen Preiserhöhungen gekommen ist. In einem Supermarkt spitzt sich die Lage zu, man weigert sich zu bezahlen und nimmt sich, was man braucht. Da eine Razzia droht, müssen die Waren versteckt werden.

Dazu stecken die Frauen die Waren in Säcke und binden sie sich um den Bauch, daß es aussehen soll, als wären sie schwanger. Schließlich dringt die Polizei in die Arbeiterviertel ein und sucht dort nach den Waren, sie findet aber fast nichts, und muß die Razzien einstellen.
Dies kurz zum Inhalt.

Den Schauspielern gelang es sehr gut, das italienische Milieu herauszuarbeiten, doch gerade das führte dazu, daß das Ganze als rein italienisches Problem dargestellt wurde.

Als ob bei uns hier nicht ständig die Löhne durch Preissteigerungen entwertet würden. Das mag wohl auch ein Grund gewesen sein, warum die Schüler der Berufsschule, in der die Aufführung stattfand, und die zum Ansehen des Stückes gezwungen waren, an der ganzen Sache wenig Interesse zeigten. I.L. Wien

NICHT IM DIENST UND DOCH ZU HAUSE

Im Urlaub Wegfahren ist für die meisten nicht drin

Ferienzeit. Zeit der Erholung, der Entspannung. Endlich für sich selbst dasein dürfen, für ein paar Wochen der Produktion entrinnen... So sieht es aus. Doch was heißt "für sich selbst dasein" für einen Arbeiter, für einen Lohnabhängigen? Wenn wir aufhören, in den Fabriken die Waren der Kapitalisten zu produzieren, dann beginnt eine andere Produktion. Am am Feierabend, am Wochenende, im Urlaub produzieren wir die einzige Ware, die w i r zu verkaufen haben, unsere Arbeitskraft. Kraft tanken für ein neues Jahr, ist unsere Aufgabe im Urlaub, um für die Ausbeutung wieder fit zu sein. Aber kann die Arbeiterklasse, können die übrigen Lohnabhängigen wirklich in den Urlaubswochen ihre in einem Jahr verbrauchte Arbeitskraft wiederherstellen, die Schäden, die durch Streß und körperliche Anstrengung, durch Lärm, Staub und Hitze, durch giftige Dämpfe und anderes verursacht werden, wieder gut machen?



Kein Familienurlaub unter 20.000,- Schilling

68 Prozent der Arbeiter, 60 Prozent der Angestellten haben Anspruch auf vier Wochen Urlaub. 25 Prozent der Arbeiter und 34 Prozent der Angestellten haben Anspruch auf fünf Wochen und mehr. Von den Beamten haben 74 Prozent Anspruch auf fünf oder mehr Wochen Urlaub. Ein gewisser Teil der Lohnabhängigen, zwischen zwei und drei Prozent, haben überhaupt keinen Urlaubsanspruch, weil sie noch nicht lange genug im Betrieb sind, und ebenfalls rund drei Prozent haben weniger als achtzehn Tage Urlaubsanspruch.

Doch in welchem Ausmaß können diese Urlaubswochen tatsächlich für die Wiederherstellung der Arbeitskraft genutzt werden? Eine Antwort darauf bekommt man sicherlich, wenn man sich ansieht, wer im Urlaub wegfahren kann und wer nicht.

Die Urlaubsreise gehört heute sicherlich zur Erholung unbedingt dazu. Die meisten Werktätigen leben heute in Ballungszentren, in denen das Leben höchst ungesund geworden ist und Erholung nur schwer möglich. Das müssen nicht nur die Großstädte sein, auch Industriezentren wie im Mur-Mürztal sind alles andere als Erholungslandschaften.

Zum Zweiten genügt heute, wo in erster Linie Streß und erst in zweiter Linie körperliche Anstrengung die Arbeitsbelastung ausmacht, bloß nicht arbeiten zu müssen keineswegs zur Erholung.

Um die Nervenkräft zu regenerieren, ist auch ein "Tapetenwechsel" notwendig, Urlaub vom Alltag. Je sinnloser und eintöniger die Arbeit wird, umso mehr muß der Urlaub Erlebnisse bieten, Abwechslung, muß auch dem Geist und den Sinnen etwas geben, die von der Arbeit für den Kapitalisten gar nicht oder nur höchst einseitig beansprucht werden.

Darüber, wer im Urlaub wegfährt und wohin, gibt eine Untersuchung über die "Reisegewohnheiten der Österreicher" Auskunft, die das Statistische Zentralamt alle paar Jahre durchführt. Sie dient zwar hauptsächlich dazu, den Fremdenverkehrsstrategen Unterlagen zu liefern, um das Geschäft mit der Erholung anzukurbeln, doch liefert sie dennoch den Beweis, daß es mit den Erholungsmöglichkeiten der Arbeiterklasse nicht allzuweit her ist. Die letzte Erhebung bezieht sich auf das Jahr 78. Daß sich inzwischen die Lage noch verschlechtert hat, ersieht man aus den Klagen der Reisebürounternehmer und auch aus der Devisenstatistik.

Eine Urlaubsreise, also eine Reise mit mehr als drei Übernachtungen, konnten 1978 36 Prozent aller Österreicher machen. Von den Arbeitern konnten 30 Prozent, also weniger als ein Drittel wegfahren, von den Angestellten 57 Prozent, von den Beamten 58 Prozent. Von den Pensionisten und Rentnern konnten 26 Prozent, also knapp über ein Viertel auf Urlaub fahren, von den Lehrlingen auch nur 27 Prozent, von den Hausfrauen 34 Prozent und von den Schülern und Studenten 40 Prozent.

Kurioserweise sind am schlechtesten die "Selbständigen" dran. Zu dieser Gruppe, genauer gesagt "Selbständige und ihre mithelfenden Familienangehörigen", werden nämlich Unternehmer, Ärzte und Rechtsanwälte genauso gezählt wie Bauern und Kleingewerbetreibende. Von ihnen konnten nur 23 Prozent eine Urlaubsreise machen.

Von den Urlaubern, die zu Hause blieben, gaben nur 12 Prozent an, daß sie kein Interesse an einer Urlaubsreise hatten.

Von den Gründen fürs Daheimbleiben rangieren an erster Stelle "wirtschaftliche Gründe". Mehr als ein Drittel der daheimgebliebenen Arbeiter kann sich den Urlaub aus rein finanziellen Gründen nicht leisten. Beinahe noch erschreckender ist, daß fast ein Fünftel gesundheitliche Gründe dafür angeben, nicht auf Urlaub fahren zu können!

Ein gutes Zehntel der daheimgebliebenen Arbeiter macht aus "beruflichen Gründen" keine Urlaubsreise. Das kann in Wirklichkeit nur bedeuten, daß sie ihren Urlaub überhaupt nicht oder nur teilweise konsumieren!

Ein schwaches Fünftel schließlich gibt "familiäre Gründe" fürs Daheimbleiben an, und knapp vier Prozent fallen unter die Rubrik "Kurzurlaube bevorzugt", was bei einem Großteil wohl auch nur heißt, daß sie sich keinen längeren Urlaub leisten können.



Wer hier nicht wegkommt, findet keine Erholung

AM SCHLIMMSTEN IN KÄRNTEN

Sehr kraß sind die regionalen Unterschiede. Von den Kärntner Arbeitern machen nur 12 Prozent eine Urlaubsreise, von den burgenländischen 13 Prozent. Auch von den Tiroler Arbeitern fahren nur knapp 20 Prozent in die Ferien. In den übrigen Bundesländern bewegt sich die Zahl der Arbeiter, die eine Reise machen können, zwischen 24 und 28 Prozent, und nur in Wien sind es 57. Prozent, die sich fern von ihrer Arbeitsstätte erholen können.

Ganz besonders schlimm dran sind die Kärntner Lehrlinge, von denen nur 8 Prozent, und die burgenländischen Rentner, von denen nur 6 Prozent im Urlaub von zu Hause wegkommen.

MEISTENS NUR 14 TAGE

Vollends trist zeigt sich die Lage, zieht man nun auch noch die Länge der Urlaubsreise in Betracht.

Während rund ein Sechstel der Angestellten mehr als einmal im Jahr wegfahren kann, können nur fünf Prozent aller Arbeiter ein zweites Mal Urlaub machen. 25 Prozent der Arbeiter fahren nur einmal weg, und 70 Prozent, wie gesagt, überhaupt nicht.

Ärzte haben festgestellt, daß ein echter Erholungseffekt erst nach drei Wochen eintritt. So sind auch die meisten Kuraufenthalte auf drei Wochen ausgelegt, und die Krankenkassen erkennen auch nur mindestens dreiwöchige Kuren als solche an.

Die Urlaubsaufenthalte der Arbeiter sind jedoch zu drei Vierteln kürzer als drei Wochen. 22 Prozent der Arbeiter-Urlaubsreisen dauern sogar nur eine Woche, 55 Prozent dauern zwei Wochen. Drei Wochen dauert die Urlaubsreise bei 16 Prozent der Arbeiter, die überhaupt wegfahren, und vier Wochen bei 6 Prozent.

Die Angestellten-Urlaube teilen sich ähnlich auf, nur muß man dabei in Betracht ziehen, daß ja von den Angestellten ein weitaus größerer Teil überhaupt eine Urlaubsreise macht.

Wenn man also als Maßstab für eine zeitgerechte Erholung einen mindestens dreiwöchigen Urlaubsaufenthalt außerhalb des eigenen Wohnortes ansieht, dann kommt man zu dem traurigen Ergebnis, daß nur 6,4 Prozent aller Arbeiter, 15,2 Prozent aller Angestellten, und gar nur 4,8 Prozent aller Lehrlinge zu einer ausreichenden Erholung kommen.

IMMER WENIGER KÖNNEN REISEN

Die Entwicklung über mehrere Jahre hinweg gibt auch nicht gerade ein Bild, das von "ständig wachsendem Wohlstand" zeugen würde. Seit 1975 nimmt die Zahl der Werktätigen, die eine Urlaubsreise machen können, ab. Im Jahr 1972 konnten 26,1 % der Arbeiter verreisen, im Jahr 1975 – es ist das Jahr der größten Lohnsteigerungen, nach den großen Gewinnjahren der Kapitalisten – stieg die Zahl auf 30,7%. Bis 1978 sank diese Zahl wieder, wenn auch nur um ein paar Zehntelprozent, auf 30,4 Prozent.

Noch deutlicher erkennt man die Entwicklung bei den Angestellten. Von ihnen fuhren 1972 55,4 Prozent im Urlaub weg, 1975 waren es 59,5 Prozent, und 1978 wieder nurmehr 56,9%. Von den Lehrlingen gab's 1972 für 19,8 Prozent eine Reise, 1975 für 30,2 Prozent, 1978 aber nurmehr für 27,1 Prozent. Auch bei den Hausfrauen und Pensionisten ist die Entwicklung ähnlich. Das Stagnieren bzw. Sinken der Reallöhne seit 1975 wirkt sich hier also ganz deutlich aus.

Die Fremdenverkehrsmanager beschweren sich auch immer wieder über den Trend, das Urlaubsgeld statt für Erholung für Anschaffungen auszugeben. Wenn der Monatslohn nur gerade für die tägliche Erneuerung der Arbeitskraft ausreicht, dann muß das Urlaubsgeld zum Beispiel für den Tapetenwechsel im wörtlichen Sinn herhalten. Worauf auch eine Tapetenfirma einmal mit dem Slogan: "Im Urlaub die Tapeten wechseln" spekuliert hat.

Dafür, wie die Entwicklung seit 1978 weitergeht, gibt es zwar keine offizielle Statistik. Doch kann man zum Beispiel der Devisenstatistik einge Hinweise entnehmen. Für das Winterhalbjahr 1979 und für die ersten vier Monate 1980 wird die geringste Zunahme der Auslandsausgaben der Österreicher seit 1975 gemeldet. Im Winterhalbjahr gaben die Österreicher um 4,7 Prozent, und im Frühjahr nur um 3,6% mehr im Ausland aus, als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Zieht man die Geldentwertung in Betracht, so wird aus der Zunahme bereits ein Sinken, zieht man weiters in Betracht, daß der Trend bisher dahingegangen ist, daß weniger Personen mehr Reisen machten, so heißt das, daß die Zahl der Werktätigen, die in diesen Zeiträumen Auslandsurlaube machten, weiter gesunken sein muß. Für den Monat April ist sogar ein absolutes Sinken der Auslandsausgaben gemeldet worden. Vom Standpunkt der Zahlungsbilanz aus finden die "Wirtschaftsfachleute" diese Entwicklung sehr erfreulich, weil sich so der Devisenüberschuß aus dem Reiseverkehr vergrößert. Was die Möglichkeit zur Wiederherstellung der Arbeitskraft betrifft, so läßt diese Entwicklung auf nichts Gutes schließen.

Für die nun anbrechende Sommersaison schließlich sagen es uns die Reisebüro-Unternehmer selber, daß sich die Erholungsmöglichkeiten ganz radikal verschlechtert haben.

Pauschalarrangements mit Flug zum Urlaubsort etwa haben sie um zehn bis zwanzig Prozent weniger verkauft als voriges Jahr.

Auch melden sie einen starken Trend vom Auslands- zum Inlandsurlaub. Dazu führen schon allein die wahnwitzigen Benzinpreise, denn der eigene PKW ist noch immer das vorherrschende Verkehrsmittel für die Urlaubsreise.

Aber auch sonst sind die Preise geschmalzen. Ein Urlaub an der verdreckten Adria, von der alle, nur nicht die Reise-Unternehmer und Hotelbesitzer zugeben, daß sie bereits gesundheitsschädlich ist, kostet für eine vierköpfige Familie, die mit eigenem PKW fährt und vierzehn Tage bleibt, in Italien runde 20.000,- Schilling nur für Unterkunft und teilweise Verpflegung. Auch in Jugoslawien ist unter 16.000,- Schilling nichts zu machen. Dazu kommen noch die Kosten für die Reise, zum Teil für Verpflegung, und für alles, was man außer am Strand liegen noch unternehmen will.

Ein Familienaufenthalt in Griechenland, Spanien oder Portugal ist unter 50.000,- Schilling nicht zu haben.

In Österreich kostet eine Woche Aufenthalt mit Vollpension pro Person zwischen 1.000,- und 3.000,- Schilling. Für einen vierzehntägigen Familienaufenthalt kann man also auch hier mit Grundkosten zwischen 8.000,- und 24.000,- Schilling rechnen.

Man sieht also, mit dem Urlaubsanspruch allein ist es noch nicht getan. Muß man heute einen Urlaubsanspruch von vier oder fünf Wochen bereits als zu niedrig ansehen, so zeigt sich, daß selbst dieser Urlaubsanspruch von der Arbeiterklasse nicht wirklich für die Erholung genutzt werden kann. Bei sinkenden Reallöhnen ist die Wiederherstellung der Arbeitskraft im vollen Ausmaß einem immer kleiner werdenden Bruchteil der Arbeiterklasse möglich. (ma)



Des Wieners Sommerfrische: Überfüllte Bäder

Sowjetischer 'Truppenabzug' aus Afghanistan

RAUCHVORHANG VOR KRIEGSINTENSIVIERUNG

In der sowjetischen Propagandakampagne, die ihr "Truppenabzugsmanöver" begleitete, war von einer gewissen "Stabilisierung der Lage", sprich: der sowjetischen Besatzung, die Rede. Das Gegenteil ist wahr. Die Sowjetunion hat - abgesehen von dem Manöver mit dem "Truppenabzug" - neun Divisionen in Afghanistan stationiert, davon acht "motorisierte Schützendivisionen" und eine Luftlandedivision (ÖMZ 2/80). Erstere bestehen unter anderem - in voller Stärke - aus je 10.500 bis 12.000 Mann, 240 Kampfpanzern, weiteren 600 gepanzerten oder Kettenfahrzeugen und 2.100 bis 2.300 Kraftfahrzeugen. Eine Luftlandedivision besteht unter anderem aus 7.800 Mann, 30 Jagdpanzern, Raketenwerfern und anderen Raketentruppen (Truppendienst-Taschenbuch: Die Armeen der Warschauer-Pakt-Staaten). Insgesamt macht das 90.000 bis 100.000 Mann und an die 1.950 Panzer aus, weitere 4.800 gepanzerte oder Kettenfahrzeuge und über 17.000 sonstige KFZ. Dazu kommen etwa 20.000 bis 25.000 Militärberater, Techniker etc. Damit ist auch gleich die richtige Relation hergestellt zu dem Propagandawirbel um den angeblichen Abzug von einer Division mit 107 Panzern. Die revisionistische "Volksstimme" vermerkte auch noch den Abzug von 200 LKW aus Kabul. Sowieso bedeutet "Abzug" in diesem Zusammenhang nur, daß Truppenteile Kabul verlassen und in Richtung Norden in Marsch gesetzt werden. Bis zur sowjetischen Grenze sind 500 Kilometer.

Um der Sache auf den Grund zu gehen, muß man weniger auf die internationale Diplomatie und mehr auf den Kampf in Afghanistan blicken. Die sowjetische Blitzkriegsstrategie ist total gescheitert. Das Winterende hat die Kampfbedingungen für den Befreiungskampf verbessert. Die Sowjetunion kontrolliert nur die Städte, Flughäfen, einige wichtige strategische Punkte und - bei Tageslicht - einen Teil der wichtigen Verbindungsstraßen. 20 Kilometer vor Kabul beginnt das Kampfgebiet. Zuletzt sind die Befreiungsstreitkräfte bis direkt an den Rand der Hauptstadt vorgedrungen. Sowieso gibt es auch in der Hauptstadt selbst Kämpfe. Einige Aufstände, Streiks und Demonstrationen wurden bereits blutig niedergeschlagen. Zuletzt ein Streik der Händler, der nach einem mittels Flugblättern verbreiteten Aufrufs des Widerstandes am 21.Juni begann und am 23.Juni von der Armee gewaltsam beendet wurde, wobei allerdings auch zwei Regierungsoffiziere den Tod fanden (Le Monde, 21.6. und 24.6.).

ZWEITE PHASE DES SOWJETISCHEN KRIEGS AB MÄRZ

Die Sowjetunion hat gewaltige militärische Verluste erlitten. In der ersten Kriegsphase ging es ihr vor allem um die Besetzung der Städte usw., wo aber nur etwa 15% der Bevölkerung lebt. Das war Ende Februar im großen und ganzen abgeschlossen. Dabei wurden in erster Linie schwere Waffen eingesetzt und in dieser Phase war die Konfrontation der Sowjetarmee mit dem afghanischen Widerstand noch relativ gering. Ab März ging es dann darum, das Land tatsächlich zu unterwerfen und den Widerstand auszurotten. In dieser Phase des Kriegs hat sich sowohl das strategische Konzept als auch zum Teil die Bewaffnung und Ausrüstung der Truppen als untauglich herausgestellt. Seit längerem gab es daher bereits sowjetische Bemühungen, die Kriegsführung mehr auf bewegliche Kleinverbände zu verlegen, hauptsächlich Hubschrauber, kleinere Fahrzeuge, Napalmbomben usw. einzusetzen, demgegenüber schwere Waffen und zum Teil auch die schweren Kampfpanzer abzubauen, die Großverbände aufzulösen. Dadurch wollte die Sowjetunion dem Partisanenkampf und dem Gelände besser entsprechen. Auch die Transport- und Nachschubprobleme sollten dadurch besser gelöst werden können (Neue Zürcher Zeitung, 26.6.). Größere Umstellungen in der sowjetischen Besatzungsarmee waren notwendig, um dem Krieg in seiner zweiten Phase zu entsprechen. Das ist der militärische Hintergrund des "Truppenabzugs". Kein Wunder, daß TASS davon spricht, daß "gegenwärtig nicht benötigte Einheiten" abgezogen würden. Sie werden, soweit es sich nicht einfach um Verlegung nach Norden handelt, durch andere Einheiten ausgetauscht. Die Sprecher des afghanischen Widerstandes weisen immer wieder darauf hin, daß die Sowjetunion ihre Truppen laufend verstärkt. Noch in der Woche vor dem "Abzug" war die Zahl der in Kabul landenden Großtransporter, die auch Truppen ausluden, weiterhin stark erhöht. Es hat in verschiedenen bürgerlichen Zeitungen Spekulationen gegeben, daß die Sowjetunion aus ihrer verfahrenen Situation einen Ausweg nach vorn oder nach rückwärts suchen könnte. Der "Truppenabzug" wurde - wenn auch mit "Skepsis" - als Anzeichen des zweiteren Weg interpretiert. Das Gegenteil ist der Fall. Die Sowjetunion bereitet die Intensivierung ihres Kriegs gegen das afghanische Volk vor.

WORAUF ZIELT DIE SOWJETUNION MIT DEM "TRUPPENABZUG" AB?

Die westeuropäischen Imperialisten - soweit sie auf den Propagandacharakter des sowjetischen Manövers hinweisen - interpretierten es ausschließlich als auf sie gemünzt: als Manöver im Hinblick auf den Venediger Gipfel. Das war sicherlich eine Zielrichtung, aber keineswegs die einzige. Es gab mehrere Ziele: Zuerst einmal Verwirrung des eigenen Volkes. In letzter Zeit werden die Meldungen mehr, die über Widerstandsaktionen des sowjetischen Volkes gegen die Afghanistaninvasion berichten. Vor allem aber soll der afghanische Widerstand getäuscht und international isoliert werden. Gerade das letztere ist für die Sowjetunion äußerst wichtig und in gewissem Maß aussichtsreich. Die Dritte Welt soll gespalten werden, und ebenso Westeuropa. Weniger geht es darum, Illusionen bei irgendjemandem zu erwecken, als darum, den Parteigängern der Sowjetunion und den Beschwichtigern "etwas in die Hand zu geben". Wenn das sowjetische Manöver mit einem anderen internationalen Ereignis nicht zufällig zeitlich zusammenfiel, dann war es in erster Linie die Konferenz der Afghanistankonferenz der Islamischen Konferenz in Genf. Die Sowjetunion will sich mit ihrem "Truppenabzug" diplomatisch Luft verschaffen und die Aggressionsbedingungen verbessern.

KREISKY: SOWJETUNION HAT KEINE AGGRESSIONSABSICHTEN

Die österreichischen Medien und auch die österreichische Regierung sind prompt auf das sowjetische Manöver hereingefallen. Hereingefallen? Sie haben zugegriffen, als die Sowjetunion ihnen "etwas in die Hand gab". Die Medien waren zuerst einmal voll von Sensationsmeldungen über den "Truppenabzug" und erst am zweiten Tag mußte man auch der "Skepsis" ein Ohr leihen. Außenminister Pahr erklärte, das schmutzige sowjetische Manöver sei "ein Schritt in zweifellos richtige Richtung" (Die Presse, 23.6.). Diese Politik, den sowjetischen Expansionismus soweit es geht zu verharmlosen und zu beschönigen, ist nichts neues. Kreisky - und mit ihm die anderen westeuropäischen Imperialisten - hat sich seit jeher eine "Lösung des Afghanistanproblems" nicht gegen, sondern nur mit der Sowjetunion vorstellen können. Dementsprechend findet der afghanische Widerstand auch bisher keinerlei Unterstützung durch Österreich (Siehe zur bisherigen Afghanistanpolitik Österreichs den Artikel "Politische" Lösung für Afghanistan und Kampuchea?" im KLASSENKAMPF 13/80, Seite 11)

Ausgangspunkt der Kreisky-schen Weltsicht ist der friedliebende Charakter der Sowjetunion und das Ausschließen des Kampfes gegen diese Supermacht. So erklärte er auf dem Wiener Landesparteitag der SPÖ neuerlich, daß die Sowjetunion "natürlich" ihre Interessen habe, aber keine expansionistischen Pläne gegenüber dem Golfgebiet: "Die Großmächte sind nun einmal nicht - wenn ich so sagen darf - Gottes beste Kinder, und sie haben halt ihre Interessen.... Schauen Sie, solange sich der Iran im sicheren Besitz der Amerikaner befunden hat, hat man sich auch in Amerika damit abgefunden, daß Afghanistan zur Einflußsphäre der Sowjetunion gehört. Das war irgendwie eine stillschweigende Vereinbarung.... In dem Augenblick, in dem Amerika den Einfluß über den Iran verloren hat, durch den Sturz des Schah, in dem Augenblick ist man in Moskau nervös geworden und hat gefürchtet, daß sich in Afghanistan, das ähnlich religiös strukturiert ist, ähnliches ereignen könnte, und wollte dem vorbeugen. Das ist der wirkliche Grund. Alle diese Kombinationen der Kreml-Astrologen, wonach das der Anfang für die Eroberung des Golfs ist, scheinen mir falsch zu sein. Daß es Interessen gibt, die die Sowjetunion dort hat, will ich nicht bestreiten. Sie wird sie nur auf andere Art wahrnehmen oder wollte sie nur auf andere Art wahrnehmen. Und so ist es zum Einmarsch in Afghanistan gekommen..." (ORF-Nachrichten vom 14.6.). Alles ist hier auf den Kopf gestellt. Die Sowjetunion handelt aus "Nervosität" und um "vorzubeugen". Wie nennt das die Sowjetführung selbst? Weil sie "bedroht" wird. es ist das "natürliche und legitime Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion an ihrer Südgrenze". Der Überfall auf Afghanistan verwandelt sich in eine Schutzmaßnahme. Und ein Kavaliersdelikt - die Großmächte haben halt ihre Interessen, was soll man da machen? Nicht umsonst hat Kreisky noch nie von sowjetischer Aggression oder ähnlichem gesprochen.

DIE POLITIK DER USA, EG UND NATO

Der "Gipfel" in Venedig (EG-Länder, USA, Kanada und Japan) hat demgegenüber eine relativ scharfe Erklärung zu Afghanistan beschlossen, aber trotzdem haben verschiedene westeuropäische Politiker vor allem darauf Wert gelegt, daß "weiterhin das Gespräch mit der Sowjetunion gesucht werden müsse" usw. usf. Wichtiger als alle Erklärungen ist aber vor allem, daß die westeuropäischen Imperialisten weiterhin den afghanischen Widerstand nicht unterstützen auch nicht das von der Sowjetunion akut bedrohte Pakistan. Der Präsident der "Islamischen Allianz für die Befreiung Afghanistans", Abdul Rasul Sayaf, erklärte dazu in Genf, daß der afghanische Widerstand bisher keinerlei militärische Unterstützung erhalten habe, sie aber dringend benötige. Es sei eine Schande, daß die Welt noch immer abseits stehe, und vor allem diejenigen, die immer Menschenrechtsverletzungen anklagten, schweigen jetzt zur Lage in Afghanistan (Neue Zürcher Zeitung, 22./23.6.)

Ende letzter Woche machte Carter in Jugoslawien einen neuen Vorschlag an die Sowjetunion. "Wir wären bereit, eine Übergangslösung zu prüfen, die gleichzeitig mit einem raschen Rückzug aller sowjetischen Truppen stattfinden würde, mit dem Ziel, den Frieden und die Ruhe in diesem leidgeprüften Land wiederherzustellen." (Le Monde 26.6.) Konkret ging es darum, die Sowjetunion durch UNO-Truppen zu ersetzen. US-Sprecher erklärten weiters, daß dieser Vorschlag von der "Respektierung des Sicherheitsbedürfnisses der Sowjetunion an ihrer Südgrenze" ausginge. Was ist das für ein Vorschlag? Einmal ist er vollkommen haltlos, wurde auch von der TASS am ersten Tag als "neuer Einmischungsversuch in die Angelegenheiten eines souveränen und unabhängigen Landes" zurückgewiesen und laut Aussage von Muskie bei der jüngsten NATO-Tagung in Ankara gar nicht mehr zur Sprache gebracht (Die Presse, 27.6.). Andererseits aber liegt er genau auf der sowjetischen Linie der "politischen Lösung" bei Fortsetzung der (zumindest teilweisen) Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen. Das sowjetische "Interesse" wird respektiert und vor allem werden die diplomatischen und politischen Entlastungsoffensiven der Sozialimperialisten damit unterstützt. Dementsprechend hat auch TASS am zweiten Tag den Ton gewechselt und erklärt, der Vorschlag sei "unklar" und müsse "präzisiert" werden. Aber da war er auch schon in der Versenkung verschwunden. Daß Carter dabei eine größere Rolle der USA vorschwebte, ist klar, aber ebenso klar auch, daß das mit diesem Vorschlag nicht zu bewerkstelligen gewesen wäre. Vor allem entspricht er der gesamten reaktionären imperialistischen Politik des US-Imperialismus in diesem Gebiet, die stets bestrebt ist, die sowjetische Bedrohung der Region auszunutzen, um ihre eigenen Supermachtinteressen wieder stärker zur Geltung zu bringen. Denn wer ist denn die "Bedrohung für die Sicherheit der Sowjetunion", die entweder mit sowjetischen Truppen unterdrückt oder mit UNO-Truppen niedergehalten werden muß? Es ist der Kampf des afghanischen Volkes und nichts anderes.

Die Frühjahrstagung der NATO-Außenminister in Ankara hat auf der Forderung nach vollständigem sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan beharrt. Die Frage der Unterstützung des afghanischen Widerstandes durch die NATO-Länder ist jedoch, laut Muskie, nicht erörtert worden (Die Presse, 27.6.). (wl)

ERFOLGREICHE ARBEIT DER ISLAMISCHEN AFGHANISTAN-KOMMISSION

Am 20./21. Juni tagte in Genf die Afghanistankommission der Islamischen Konferenz, bestehend aus dem Präsidenten der Konferenz, Habib Chatti, und den Außenministern des Iran, Ghotbzadeh, und Pakistans, Agha Shahi. Anwesend waren weiters neun Führer des afghanischen Widerstands, die als einheitliche Delegation mit einheitlichen Forderungen und einer einheitlichen Erklärung auftraten. Der afghanische Widerstand wurde von der Kommission als einzige legitime Vertretung des afghanischen Volkes behandelt. Das Kabuler Regime, das zu Gesprächen eingeladen war, lehnte unter diesen Umständen eine Teilnahme ab. Im Schlußkommuniqué der Kommission wird das Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes bekräftigt und der Abzug aller sowjetischen Truppen gefordert. Dem afghanischen Widerstand wird humanitäre Hilfe zugesichert. Militärische Hilfe ist aber gegenwärtig nicht vorgesehen. Ghotbzadeh erklärte dazu: "Wir warten noch... In meinem Land wollten sich bereits Menschen am Kampf in Afghanistan beteiligen, aber wir haben sie daran gehindert." Chatti erklärte demgegenüber, die Kommission suche nur nach einer "politischen, friedlichen und Verhandlungslösung", der Forderung des Widerstands nach militärischer Unterstützung könne aber nicht entsprochen werden. Es sollen gegenwärtig alle Möglichkeiten ausgelotet werden, das Selbstbestimmungsrecht Afghanistans auf dem Verhandlungsweg zu erkämpfen. Die Zerstörung ganzer Dörfer, das Abernten und die Vergiftung des Trinkwassers durch die sowjetischen Besatzertruppen werden im Kommuniqué angeprangert, Hilfe für das afghanische Volk wurde immer dringlicher. Ghotbzadeh am Schluß der Tagung: Afghanistan zeige, "daß es die Welt heute mit zwei Feinden zu tun hat, denn der amerikanische Imperialismus ist nicht mehr der einzige, der wütet. Es gibt keinen Zweifel, daß die Afghanen gegen einen mächtigen Gegner mit unbeschränkten Ressourcen kämpfen. Man muß sie unterstützen, damit sie widerstehen."(Le Monde, 24.6.) Die TASS hat die Arbeit der Kommission als Zeichen dafür bezeichnet, daß "imperialistische Kreise weiterhin Druck auf die regionale Reaktion ausüben, um ihre bewaffnete Intervention gegen Afghanistan fortzusetzen." Die Kommission sei "auf Befehl der imperialistischen und reaktionären Kreise" eingesetzt worden. (Le Monde, 23.6.)

KOMMUNIQUE DER AFGHANISCHEN FÜHRER

Die Führer des afghanischen Widerstands haben ebenfalls ein Kommuniqué herausgegeben. Sie bekräftigen darin den "wirklich unabhängigen und authentisch islamischen Weg". Sie lehnen jede direkte oder indirekte Verhandlung mit dem Regime in Kabul ab. Ihr Sprecher Sayaf erklärte, daß dieses Regime ein Marionettenregime sei, "das mit Mühe 1% der Nation vertritt". Der Widerstand "zählt 180000 bewaffnete Kämpfer, während die Armee von Karmal nur mehr aus 20000 Menschen besteht". Der Widerstand würde auch keine "direkten Verhandlungen mit der Aggressionsregierung der Sowjetunion" führen, aber diese sei der einzige Adressat seiner Forderungen. Man sei überzeugt, heißt es im Kommunique weiter, "daß die einzige Sprache, die der Feind versteht, die der Geschütze und Gewehre ist". Die Befreiungsbewegung habe "nicht das geringste Vertrauen in die Waffen der Logik und des Verständnisses". Von den Ländern der Islamischen Konferenz wird der Abbruch aller Beziehungen zur Sowjetunion gefordert. Diese Länder sollten den afghanischen Widerstand als einzigen legitimen Vertreter des afghanischen Volkes anerkennen - das sei die logische Folge der Nichtanerkennung des Kabuler Regimes. Das sollte auf der nächsten Außenministerkonferenz der islamischen Länder verhandelt werden. Weiters wird im Kommuniqué vom UNO-Sicherheitsrat eine Sondertagung der UNO gefordert, "um die Hilfe für die Flüchtlinge und das unterdrückte Volk Afghanistans, das um seine Befreiung kämpft, zu organisieren."

Angekündigt wird auch der Wunsch nach Eröffnung von Büros in New York, Genf und in den islamischen Hauptstädten. Die afghanischen Führer haben vor allem unterstrichen, daß sie Waffen brauchen, um dem Feind wirkungsvoller entgegentreten zu können. Bisher kämpft der Widerstand hauptsächlich mit Waffen, die vom Feind erbeutet wurden oder von Überläufern aus der Marionettenarmee stammen. (Le Monde 21. und 24.6.) (wl)

Wladimir Borisow:

"ICH KÄMPFE FÜR DIE VOLKSMACHT"

In der vergangenen Woche kam in Wien der sowjetische Gewerkschafter Borissow an. Nachdem er wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit insgesamt fast neun Jahre in Gefängnissen und psychiatrischen Kliniken verbracht hat, wurde er nun vom sozialfaschistischen Moskauer Regime des Landes verwiesen und abgeschoben. Borissow ist Organisator der Gewerkschaft SMOT (Freier Arbeiterverband aller Berufszweige). Er ist 37 Jahre alt, von Beruf Elektriker und hat vor, vorerst einmal in Wien zu bleiben.

Nachstehend ein Interview, das Borissow der französischen Zeitung "Le Monde" gegeben hat und in dem er einiges über die spontane sowjetische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erzählt.



Wladimir Borisow

Wie wird ein Arbeiter Dissident?

Ich war erst zwölf Jahre zur Zeit des XX. Parteitags, aber selbst in diesem Alter war es ein heftiger Schock für mich, der Mann, der für die Mehrzahl der sowjetischen Menschen ein Halbgott war, wurde plötzlich ein Krimineller. Ich konnte diese Wende nicht verstehen, denn in der Schule hatte man mir immer gelernt, das zu glauben, was in der Presse und auf den Parolen stand. Ich hatte vor, ein Musterkomsomolze zu werden. Übriggeblieben ist mir die Gewißheit, daß die Wahrheit in den Zeitungen nicht die ganze Wahrheit ist. Ich arbeitete schon seit geraumer Zeit, als ich ein wenig später Zeuge eines Dockerstreiks in Kamtschatka wurde. Es handelte sich um Saisonarbeiter ohne feste Arbeitsverträge, sehr oft waren es ehemalige Strafgefangene, der Gnade der Miliz und der Behörden ausgeliefert. Man zahlte ihnen Löhne, die weit unter den festgelegten Tarifen waren, und eines Morgens haben sie sich geweigert, ein Schiff zu löschen. Nach anderthalb Tagen Streik haben sie eine kleine Erhöhung bekommen. Wenig später dann hat man uns in der Elektrizitätszentrale, wo ich arbeitete, eine Prämie verweigert, auf die wir ein Anrecht hatten. Wir haben auch gestreikt und nach einem halben Tag haben wir uns durchgesetzt. Weil ich einer der Führer war, bin ich bald darauf vor die Tür gesetzt worden wegen "Unterdrucksetzung der Belegschaft". Ich war kaum 18 Jahre alt.

Und das Militär hat in beiden Fällen nicht interveniert?

Die sowjetischen Behörden fürchteten die organisierte Arbeiterbewegung ganz beträchtlich. Im allgemeinen weichen sie bald zurück, und wenn es sich um eine breitere Bewegung handelt, kommt es oft vor, daß sogleich ein Mitglied des Politbüros an Ort und Stelle kommt, um die Forderungen zu erfüllen - damit die Bewegung zum Stillstand kommt. Danach wird alles wieder wie vorher, und wenn die Mobilisierung vorbei ist, beginnt man, die Organisatoren zu unterdrücken. Sie werden verhaftet oder zumindest entlassen, und weil es illegal ist, keine Arbeit zu haben, kommt letzteres sehr schnell auf das gleiche heraus.

Sie sprechen von Streiks in der Sowjetunion, als ob es sich um ständige Erscheinungen handle?

Es gibt tatsächlich viele, aber weil offensichtlich keine Zeitung darüber berichtet, kursieren nur Gerüchte. Es ist sehr schwierig, sie an Ort und Stelle zu überprüfen, und deshalb sind sehr wenige Aktionen mit Sicherheit bekannt, auch wenn sie tatsächlich zahlreich sind.

Glauben Sie, daß es solche kürzlich in Togliattigrad und Gorki gegeben hat?

Ich habe keine besonderen Informationen, aber ich glaube es. Es gibt in Togliattigrad eine Gruppe des S.M.O.T. (Freier Arbeiterverband aller Berufszweige), und ich weiß, daß die Unzufriedenheit dort sehr groß war, wegen der harten Arbeit, den Lohnkürzungen, und vor allem der sehr schlechten Versorgung.

Wie hat sich der S.M.O.T. organisiert?

Zunächst aufgrund der Initiative von einigen Personen, vor allem von Wladimir Skvirsky, der die Überreste der "Freien Gewerkschaft" retten wollte, die 1977 von Wladimir Klebanow gegründet worden ist, und die durch Verhaftungen ihrer Organisatoren zerschlagen worden war. Gegenwärtig sind wir rund 200 in etwa zehn Gruppen, entweder Leute, die sich kennen, oder solche, die sich um einen bekannten Freund gesammelt haben. Jede Gruppe wählt einen Vertreter, der an regelmäßigen Konferenzen teilnimmt. Auf dem Weg zu einer dieser Konferenzen in Moskau, der achten, bin ich das letzte Mal verhaftet worden. Derzeit sind etwa zehn Mitglieder entweder verhaftet worden oder entlassen.

Und Sie glauben, trotz allem kann sich eine unabhängige Arbeiterorganisation entwickeln?

Zur Zeit handelt es sich noch um eine Keimform, aber der S.M.O.T. geht aus einem Prozeß hervor, die nicht mehr aufzuhalten. Die Unzufriedenheit unter den Arbeitern wächst, und sie beginnen, sich der Stärke bewußt zu werden, die sie repräsentieren, wenn sie erst einmal organisiert sind. Das ist eine sehr wesentliche Sache.

Um welche Forderungen könnte sich eine solche Bewegung zusammenschließen?

Zunächst einmal um den Lohn, weil nach unseren Berechnungen der Arbeiter im Durchschnitt ein Fünfzehntel des Werts erhält, den er produziert; dann um den Arbeiterschutz, denn die Unfälle sind sehr zahlreich, weil gesetzliche Regelungen fehlen; um die Nahrungsversorgung ebenfalls, die es vielleicht noch in den großen Städten erlaubt, zu leben, die aber in der Provinz überhaupt nicht ausreicht. Dort steht man fünf Stunden am Vormittag vor den Bäckereien in der Schlange, ohne daß man sicher sein kann, daß man Brot bekommt; es gibt keine Milch, und die Lebensmittelkarten sehen nur zwei Kilo Fleisch pro Monat und Lohnempfänger in der Familie vor. Und schließlich die Frage der Arbeitslosigkeit. Offiziell existiert sie nicht, weil es weder eine Behörde gibt, wo man sich meldet, noch Arbeitslosenunterstützung. Aber Hunderttausende findet man in den Lagern aus dem einzigen Grund, weil sie seit mehr als vier Monaten keine Arbeit mehr haben.

Warum ist die organisierte Oppositionsbewegung immer noch vorrangig Gegenstand der Intellegenz?

Ich bin damit nicht einverstanden. Ich habe noch keinen Intellektuellen gesehen, der gestreikt hat. Was zwar stimmt, ist, daß die Arbeiter weniger ausgebildet sind und es weniger gut verstehen, die Gesetze auszunutzen, um sich zu verteidigen. Ihre Bewegung bleibt daher zunächst spontan und punktuell. Aber die Arbeiter haben viel weniger Angst als die Intellegenz. Sie haben keine Karriere vor sich, sie werden immer Arbeiter bleiben, und wenn sie ihre Stelle verlieren, können sie darauf hoffen, eine andere zu finden. Darüber hinaus, sofern die Partei proletarisch sein will, fordert man die Arbeiter auf, ihr beizutreten, während sich die Intellektuellen in Wartelisten eintragen müssen, und es auch tun, denn wenn sie nicht Mitglied sind, können sie nicht Karriere machen. Für die Arbeiter hingegen bringt die Mitgliedschaft nur Unannehmlichkeiten; die Beitragszahlung und die Versammlungen außerhalb der Arbeitszeit, an denen man teilnehmen muß. Und diejenigen, die im Parteiapparat aufsteigen, werden von den früheren Kameraden verachtet.

Sie üben ziemliche Kritik an der intellektuellen Oppositionsbewegung; warum?

Das stimmt, ich bin skeptisch, aber ich möchte mich vorsichtig ausdrücken, weil diese Probleme innerhalb der Oppositionsbewegung noch nicht ausdiskutiert sind. Sagen wir so: Es sind moralische Prinzipien, die es einem einzelnen verbieten, einen Freund in Gefahr wegen dessen Ansichten nicht zu verteidigen, aufgrund dessen ist die Dissidentenbewegung eine Art Bewegung gegenseitiger Hilfe zwischen Leuten aus dem gleichen Milieu und der gleichen Kultur, in der zum Beispiel jemand, der nicht weiß, wer Anna Akhmatowa ist, keinen Platz hat. Selbst wenn er die Menschenrechte oder die Arbeiter verteidigen will. Das ist so etwas wie eine Art Rassismus. Die Dissidentenbewegung ist viel eher eine liberale Bewegung, die für individuelle Freiheiten kämpft als daß die eine demokratische Bewegung wäre. Ich hingegen bin Demokrat, das heißt Kämpfer für die Volksmacht.

(Le Monde, 26.6., eigene Übersetzung)



Sowjetischer Alltag: Schlange stehen um alles und jedes

DDR UND CHILE RICHTEN HANDELSMISSIONEN EIN

Wie das chilenische Außenministerium bekanntgab, haben sich die DDR und Chile darüber geeinigt, gegenseitig Handelsbüros in Ost-Berlin und Santiago de Chile zu errichten. Die Verhandlungen darüber dauerten fast zwei Jahre und wurden für die DDR von der rumänischen Botschaft in Chile geführt, da ja die DDR wie die meisten Ostblockstaaten 1973 nach der faschistischen Machtübernahme die diplomatischen Beziehungen zu Chile abgebrochen hatte. Seit damals haben die Ostblockpropagandisten bekanntlich Länder die diplomatische und Handelsbeziehungen zu Chile unterhielten, vor allem die Volksrepublik China der Unterstützung des chilenischen Faschismus bezichtigt. Es ist nun zu erwarten, daß weitere Ostblockstaaten dem Beispiel der DDR folgen werden.

KOREA: VERHANDLUNGEN ÜBER FRIEDLICHE WIEDERVEREINIGUNG

Trotz des Überfalls der faschistischen Clique in Seoul auf ein Schiff der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik begannen in der Vorwoche programmgemäß Gespräche zwischen Vertretern des Nordens und des Südens über die Wiedervereinigung des Landes.

Zu diesem Anlaß bekräftigte die Regierung der KDVR, daß sie zu den drei Prinzipien der nationalen Wiedervereinigung stünde, wie sie bereits 1972 in einer gemeinsamen Erklärung von Norden und Süden festgelegt wurden.

Dementsprechend tritt die Regierung der KDVR dafür ein, eine einheitliche zentrale Regierung zu errichten, nachdem im Norden und Süden allgemeine Wahlen nach demokratischen Grundsätzen durchgeführt wurden. Voraussetzung ist allerdings, daß jegliche äußere Einmischung vermieden wird und daß die US-Truppen aus dem Süden des Landes abgezogen werden.

Weiters schlägt die Regierung der KDVR eine Nord-Süd-Konföderation vor, die die verschiedenen Systeme und Ideologien im Norden und im Süden vorerst nicht verändert und die selbständige Aktivität der beiden Landesteile garantiert. Im Rahmen der Konföderation soll eine Oberst Nationale Kommission geschaffen werden, die für alle gemeinsamen Belange zuständig ist.

Die Regierung der KDVR vertritt den Standpunkt, daß die Politik des wiedervereinigten Korea durch die Prinzipien der Unabhängigkeit und Souveränität, Demokratie und Blockfreiheit bestimmt sein soll. Korea soll unter niemandes Vorherrschaft stehen.

Für den Fall der Wiedervereinigung garantiert die Regierung der KDVR sämtliche bisher gewährten Konzessionen für das Auslandskapital und strebt den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Ländern an, soweit das dem Aufbau des neuen Vaterlandes dienen kann.

Aufgrund der Kämpfe, die vor kurzem im Süden des Landes einen neuen Höhepunkt erreichten und in denen es vor allem um den Kampf gegen die faschistische Seouler Clique auch um den Abzug der US-Truppen und um die Wiedervereinigung des Landes ging, werden es die Herren aus Seoul diesmal nicht leicht haben, in ihrer hartnäckigen ablehnenden Politik festzuhalten.

SEYCHELLEN BRECHEN BEZIEHUNGEN ZU SEOUL AB

Am 30. Mai brach die Regierung der Seychellen sämtliche Beziehungen zu der "Regierung" Südkoreas ab. Die seychellische Regierung erklärte dazu, dieser Schritt sei vor allem ein Schritt der Solidarität mit den freiheitsliebenden Menschen Koreas. Man habe bisher Beziehungen zu Seoul unterhalten, weil man gedacht habe, so der Wiedervereinigung Koreas zu dienen, sehe aber an den jüngsten Massakern des Seouler Regimes, daß es sich hier um eine brutale Diktatur handle.

ERMORDUNG EINES VERZWEIFELTEN

Josef Kis-Lukac ist für die Zeitungen nur mehr ein "Geiselnehmer". Wer Geiseln nimmt, ist ein Geiselnehmer, was er vorher war, ist ausgelöscht, was ihn zur Tat getrieben hat, ist nur der Anlaß, der sein wahres Wesen als Geiselnehmer zum Vorschein bringt.

Josef Kis-Lukac war Arbeiter. Er war ein Arbeiter ohne Arbeit, er hatte - schlimmstes Schicksal für einen Arbeiter - niemand, der bereit war, ihn auszubeuten. Da er Ausländer war, sollte er nun auch noch das Recht, sich ausbeuten zu lassen verlieren. Als er auf der Bank auch noch kein Geld mehr bekam, "drehte er durch".

Ein Grund für seine Verzweiflung hatten die Zeitungen bald gefunden: "Vor allem die Psychiaterin Dr. Bader-Bizele, die Kis-Lukac behandelt hatte, und die er unbedingt mit einer anderen Ärztin zusammen in seine Gewalt bekommen wollte, konnte zur Aufklärung der Situation beitragen. Demnach hatte Kis-Lukac die Hälfte seines Geschlechtsteils verloren und litt seither an einer schweren Sexualneurose. Die ganze Umgebung bekam seine Komplexe zu spüren".

Der Mann hatte eben Komplexe, weil er kein ganzer Mann mehr war, das erklärt alles. Da die restlichen 170.000, die jährlich in der Produktionsschlacht an allen Gliedern, inklusive ihren Geschlechtsorganen verletzt werden, nicht durchdrehen, kann die Ursache für Kis-Lukac' Verzweiflung nicht in den Arbeitsverhältnissen liegen, das ist wohl klar.

Der Arbeiter Josef Kis-Lukac hat sich gegen die Verhältnisse in einer Weise aufgelehnt, die nur die Verzweiflung einem völlig alleingelassenen Menschen diktieren kann.

Auch die Arbeiterbewegung hat ihn alleingelassen. Keine Gewerkschaft, die sich für die Rechte der ausländischen Arbeiter eingesetzt, ist ihm zur Seite gestanden.

Die Erschießung von Josef Kis-Lukac war Mord. Zwischen dem Schuß, den er abgab, als er von Tramposch angegriffen wurde, und seiner Erschießung vergingen 11 Sekunden. Als die Gendarmen in das Vorzimmer eindrangen, sahen sie ihn an seinem Gewehr arbeiten. "Der Geiselnehmer stand in dem Moment im Zimmer, die Schrotflinte in der Hand. Harald Tramposch lag vor ihm auf dem Boden. Der Täter arbeitete an seiner automatischen Schrotflinte. Ladehemmung! Entscheidende Sekunden!" (Kleine Zeitung).

Möglich, daß Kis-Lukac geschossen hätte, wenn er gekonnt hätte. Doch die Gendarmen mußten gesehen haben, daß er nicht schießen konnte. Er hätte elf Sekunden Zeit gehabt zu schießen.

Sie entleerten ihre automatischen Pistolen auf ihn, um ihn nicht nur zu verletzen, sondern zu töten: " Auch wurde einkalkuliert, daß Kis-Lukac unter Drogeneinwirkung stehen könnte, da er keine Müdigkeitserscheinungen zeigte. Aus Amerika weiß man, daß angeschossene Täter unter bestimmten Drogen keine Schockwirkung zeigen und erst zu schießen aufhören, wenn sie tödlich getroffen worden sind." (Kleine Zeitung). Es ist nicht bekannt, daß die Obduktion Drogeneinfluß bestätigt hätte.

"Für die Spezialeinheit 'Kobra' war dies eine 'Feuertaufe'" (AZ). Die Feuertaufe erhielten die jungen Rekruten im Krieg, wenn sie das erste Mal ins feindliche Feuer gerieten. Die Scharfschützen der 'Kobra' sind nicht ins Feuer geraten. Ein anderer Vergleich wäre hier passender. Bei der amerikanischen Mafia, so heißt es, muß jedes neue Mitglied einen Mordauftrag der Organisation ausführen, um sich so bedingungslos in die Hände der Organisation zu geben. Die Männer der "Kobra" haben in Graz ihren ersten Mord begangen. Sie sind dafür belobigt worden, sie werden vom Staat gedeckt. Sie haben einen verzweifelten Arbeiter erschossen, und niemand darf sich dagegen zur Wehr setzen. Sie wissen nun, daß sie ihr Schicksal auf Gedeih und Verderb mit dem bürgerlichen Staat verbunden haben, daß sie seine Macht erhalten müssen, weil nur seine Macht sie schützen kann.



Ende eines Arbeiters

LESERBRIEFE AN GRAZER ZEITUNGEN

TODESSTRAFE

"Es ist deshalb ziemlich grausam und unverantwortlich von der Einsatzgruppe Kobra, daß sie diesen Menschen einfach exekutiert hat. Meiner Meinung nach kommt dies einer Todesstrafe gleich. Darf die Polizei töten, ohne irgendwelche Konsequenzen davonzutragen?" (A.N.,Kitseck)

ARBEITERSCHICKSAL

"Ich finde keine Bewunderung für solche extreme Lösung, blitzschnell zu töten. Mir ist recht übel deswegen, weil ein junger geistesgestörter Mensch nicht gerettet wurde.

Wer hat nicht das Bedürfnis, sich zu verteidigen? Das Strukturlabyrinth macht auch die Starken krank. Und die Mehrheit ist nicht weit davon entfernt, seelisch krank zu werden. Machtstruktur überall: im Spital, am Arbeitsplatz. Der Mensch ist immer Opfer: gesund als Beute, krank als unangenehme Last. Auch die "Normalen" drehen immer öfter durch. Ein seelisch kranker Mensch hat nichts zu verlieren. Ein Ausländer hat es besonders hart: ein entwurzeltes Wesen, das eher im Ungewisse lebt. Die Grausamkeit und Brutalität der Abwehr sind eine große Negation der Menschlichkeit und kein Zeichen von Stärke, sondern ein Beweis für Schwäche. Dies ist so trostlos und bedrückend! (V.M., Gastarbeiter, Graz)

RICHTIG ANGEHÖRT HAT MICH NIEMAND

"Ich bin jugoslawischer Staatsbürger. Bei der Geiselnahme habe ich versucht, über Polizeivertreter mit Kis ins Gespräch zu kommen. Ich habe ihn gekannt und hätte es vielleicht geschafft, ihn zu erweichen. Was hätte es schon gekostet, wenn man mir ein Megaphon in die Hand gedrückt hätte? Aber diese Herren gaben alle so kalte Antworten, daß das schon bessere Personen versucht hätten.

In Graz habe ich im Jahr 1979 mehrmals Schwierigkeiten mit den Polizeibehörden gehabt. Richtig angehört hat mich niemand." (N.N.)

WER HILFT DENN UNS?

Wer hilft denn uns, sagst du, Kollege, und willst geschwind an der roten Spendenbüchse mit der Fahne Kampucheas, die ich dir unter die Nase halte, vorübergehen. Du gehst in die Nachtschicht, sagst du, und deine ganze Sorge sind die dreihundert Autoreifen, die du heute fertig machen mußt. Wer soll da an dieses Kampuchea denken, daß so weit weg ist, wenn die Nacht kein Ende nimmt und um zwei Uhr früh die Rückenschmerzen wieder kommen, wie jede Nachtschicht.

Wer hilft denn uns? Ja Kollege, gerade die da unten, in dem weit entfernten Kampuchea, die Partisanen, die mit Gewehren und Fallgruben, mit List und Energie gegen einen übermächtigen Feind kämpfen, die sind es, die uns helfen.

Und das nicht nur, weil dort, in diesem südlichen Zipfel Asiens, ein kleines Volk, kleiner als das unsere, den größten Kriegstreiber der Welt in Schach hält. Einen Kriegstreiber, der seine Panzer auch an unseren Grenzen stationiert hat. Nicht nur, weil sie dazu helfen, daß wir noch länger unsere Kinder in Frieden aufziehen können. Nicht nur, weil sie dazu helfen, daß die Welt Zeit gewinnt, die Gefahr zu erkennen und sich zu rüsten. Und das allein ist eine Hilfe, die wir, und alle Völker der Welt gar nicht hoch genug schätzen können.

Aber es geht um noch mehr, Kollege. Du mußt jetzt in die Schicht. Du mußt ihnen deine Arme verkaufen, deine Hände, deine Nerven, dein Hirn, deine Arbeitskraft. Und sie lassen dich für sich arbeiten, solange es ihnen gefällt, bei Tag und bei Nacht, und immer im Akkord, und sie holen aus deiner Arbeitskraft, wenn du sie ihnen einmal verkauft hast, heraus, was sie nur können. Daran kannst du nichts ändern, Kollege, solange du dich nicht auch mit denen da drüben, im fernen Kampuchea zusammenschließt. Wie sollen wir denn unsere Herren bekämpfen, wenn wir ihnen gleichzeitig helfen, andere Völker zu unterdrücken?

Internationalismus, Solidarität, das sind Worte, die kriegen wir auch manchmal noch von unseren sozialdemokratischen "Arbeiterführern" zu hören. Aber sie machen aus der Solidarität eine Art Arbeiter-Caritas, und reden von Internationalismus, wenn der Bundeskanzler irgendwo hinfährt, Handelsbeziehungen für unsere Kapitalisten anzuknüpfen.

Proletarischer Internationalismus aber, das ist ganz etwas anderes. Es geht nicht darum, nur Mitleid zu haben mit den Unterdrückten, mit den Ausgebeuteten und Hungernden auf der Welt. Welcher Mensch, der nicht verdorben ist - oder selber ein Ausbeuter - kann zusehen, wenn ein Volk erschossen, ausgehungert, verbrannt wird. Aber du als Arbeiter mußt wissen, daß das Elend und die Unterdrückung nur durch Kampf beseitigt werden kann, und nicht dadurch, daß man Geld für ein Stück Brot hinunterschickt, das das Verhungern eines Menschen um einen Tag verlängert. Es geht darum, zu wissen, was die Ursache des Elends ist. Und diese Ursache ist hier wie dort dasselbe System, und das heißt Imperialismus. Und hier wie dort haben wir denselben Feind, die Ausbeuterklasse, die Kapitalisten.

Wir sind ein kleines Land, unsere Kapitalisten sind nur kleine Kapitalisten, und sie sollen die Unterdrücker anderer Völker sein?

Sie sind kleine Kapitalisten, sie können sich nicht ganze Völker unterwerfen. Und dennoch lassen sie nicht nur dich für sich schuften. Sie haben Fabriken in Südafrika und in Chittagong, sie lassen Arbeiter in Saudiarabien und in Ägypten für sich arbeiten, in Nordirland und in Afghanistan. Die Arbeiter dort kriegen sie noch billiger als uns, an denen verdienen sie noch mehr als an uns. Aber das können sie nur, solange es große Mächte gibt, die diese Länder in Abhängigkeit und Unterentwicklung halten.

Und je mehr sie Macht haben über Arbeiter in den ehemaligen Kolonien, um so größer ist ihre Macht über uns. Dort zwingen sie die Arbeiter, für einen Hungerlohn zu schuften, und dann drohen sie uns und sagen, es lohnt sich nicht mehr, dies und das bei uns zu produzieren, denn in den Billiglohnländern machen sie es viel günstiger. Und das erzählen sie uns immer dann, wenn es eine Lohnforderung gibt oder wenn sich Arbeiter rühren und sagen, Schluß mit der Schichtarbeit, weg mit dem Akkord, wir wollen nicht früher ins Gras beißen als notwendig.

Aber wer hat denn diese "Billiglohnländer" geschaffen? Das waren doch sie und ihresgleichen.

Und weil sie dort unten noch Extraprofite machen, können sie es sich leisten, daß sie einigen von uns etwas abgeben. Die bleiben dann nicht lange Arbeiter, die bekommen Ämter und Pöstchen, die kommen hinauf bis in die Aufsichtsräte, aber sie führen sich auf als Arbeiterführer, und die sind es, die uns die Geschichte erzählen von dem einen Boot, in dem wir mit den Kapitalisten sitzen, und daß es uns nur gut gehen kann, wenn wir gemeinsam mit unseren Kapitalisten die Weltmärkte erobern.

Und je mehr sie dort unten Profite machen, wo Arbeiter billig sind, umso leichter können sie neue Maschinen kaufen, um die teuren Arbeiter hier zu ersetzen und überflüssig zu machen, und die übriggebliebenen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, hinunterzudrücken.

Das alles könne sie nicht mehr, wenn sich die Völker dort unten befreien. Und darum wollen sie auch dich ködern, und dich glauben machen, die dort unten wären deine Feinde, die du im Konkurrenzkampf besiegen mußt. Aber solange du ihnen hilfst, ihre Macht über fremde Völker zu festigen, solange hilfst du ihnen, ihre Macht über dich selbst zu befestigen.

Deswegen, Kollege, sollst du deine Münze, deinen Geldschein hier in die Büchse werfen, weil es dein eigener Kampf ist, den du damit unterstützt. Weil du damit auch den Kampf gegen deine eigenen Herren führst, die - solange sie können - immer auf der Seite der Unterdrücker der Völker stehen werden.

Aber wie, sagst du, soll man denn unterscheiden zwischen Unterdrückern und Unterdrückten? Kommunisten nennen sie sich in Kampuchea auf beiden Seiten, wer soll da entscheiden, welches die wahren Kommunisten sind?

Wenn sich ein Fisch eine Feder an den Schwanz bindet und sagt, er ist ein Vogel, glaubst du es ihm deshalb schon?

Wenn ein Faschist sich einen roten Stern an die Brust steckt, muß man ihm deshalb glauben, daß er ein Kommunist ist?

Angenommen, Herrn Breschnew würde passieren, was er mit Pol Pot hat machen lassen. Angenommen er würde "abgesetzt" und müßte in die Wälder flüchten. Würde sich das russische Volk um ihn scharen und unter seiner Führung kämpfen? Oder würden sie ihn an Händen und Füßen gebunden jedem ausliefern, der ihn haben will? Wahrscheinlich würde man ihn mit eingeschlagenem Schädel in irgendeinem Straßengraben finden.

Warum ist der "Völkermörder Pol Pot", als er entmachtet wurde, nicht ins Ausland geflohen? Wie konnte dieser "Diktator" die Kampucheaner "zwingen", gegen ihre "Befreier" zu kämpfen, die mit gewaltiger Übermacht, mit russischen Flugzeugen über sich und russischem Geld hinter sich im Land standen?

Warum kämpfen die Bauern und Arbeiter von Kampuchea unter der Führung von Pol Pot und Khieu Samphan um die Freiheit, warum schießen die vietnamesischen Soldaten auf ihre eigenen Offiziere? Ist es nicht so, daß die Kommunistische Partei Kampucheas Kampucheas Volk in die Freiheit geführt hat, die "Kommunistische Partei" Vietnams aber Vietnams Volk in Abhängigkeit, Hunger, und einen neuen Krieg?

Es ist tragisch, daß die Macht der Arbeiter in Rußland zerschlagen worden ist, und der Faschismus dort heute regiert. Aber wenn es auch tragisch ist, dürfen wir doch nicht die Augen davor verschließen.

Die Zaren mit dem Sowjetstern haben den Sozialismus vernichtet und dasselbe System wieder aufgerichtet, das uns hier knechtet. Sie haben den Plan, mit dem die Völker der Sowjetunion ihren Wohlstand in Frieden errichten wollten, in ein Werkzeug ihrer Bereicherung umgewandelt. Sie haben das Volkseigentum in Kapital verwandelt. Sie haben die Arbeiter, die Herren des Landes waren, in Lohnsklaven zurückverwandelt. Sie haben aus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einen Völkerkerker gemacht. Aber das Kapital kennt keinen Stillstand. Es muß seine Macht immer weiter ausdehnen, und wo ihm andere Kapitale, oder die Völker selber, im Weg stehen, gibt es Krieg.

Und dieselbe Kraft, die sie zum Krieg drängt, drängt unsere Herren, sich an sie anzuschließen.

Freilich, unsere Herren haben auch Angst vor ihnen. Sie haben Angst, daß sie selber verschluckt werden könnten. Aber sie sind eben auch angewiesen auf sie. Solange wir nichts unternehmen, werden sie immer auf der Seite der Supermächte zu finden sein, entweder der einen, oder der anderen, solange, bis auch unser Land deren Opfer geworden ist. Auf uns kommt es an, ob unser Land auf der Seite der Freiheit zu finden ist oder auf der Seite der Unterdrückung. Ob unser Land hilft, die Kriegstreiber zu schlagen, oder die Welt in den schrecklichsten Krieg aller Zeiten zu stürzen.

Aus all diesen Gründen, Kollege, sollst du deinen Beitrag für die Befreiungskampf von Kampuchea leisten. Schon im täglichen Kampf um den Lohn, um die Arbeitsbedingungen dürfen wir uns nicht die Fessel des Chauvinismus anlegen lassen, dürfen wir uns nicht von unseren Herren gegen die Arbeiter anderer Länder hetzen lassen.

Den Kampf gegen den Krieg, und den Kampf gegen das System, das immer wieder Krieg und Krisen, Überarbeitung der einen und Arbeitslosigkeit der anderen hervorbringt, den Kampf um die Befreiung von kapitalistischer Lohnsklaverei können wir nur führen, wenn wir uns mit den Arbeitern und den Völkern der Welt zusammenschließen.

Das Volk von Kampuchea geht heute allen Völkern voran. Sein Kampf ist unser Kampf. Und unsere Losung muß heißen: Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!